Das modebewußte Magazin für ausgewählte Argumente

September 2009 | Nr. 152



Neuer Trend: rechtsfreie Räume

Der Retro Look

Liebes Tagebuch,

das Postfach quoll dieses mal leider nicht über.
Qualvolle Dürre machte sich zu unserer Traurigkeit im Briefkasten breit. Wir fragten uns, ob das Sommerloch zugeschlagen hat oder der Nachsendeantrag beim LKA fehlgeleitet wurde. Wir schieben es aber mal ganz optimistisch aufs Sommerloch und Strandurlaub, Aktivismus in der Badehose und Sonne tanken auf Lesbos. Ein paar Artikel erreichten uns dann doch noch, zum Beispiel zu letzterem wo ein No-Border Camp stattfand oder ein Leserbrief zum Schanzenfest. Dieses steht ebenso vor der Tür wie eine NPD-Kundgebung am 11. September am Berliner Tor. In Berlin findet am 5. September die größte Demonstration gegen Atomkraft seit Jahren statt und in Dortmund wird zeitgleich ein Naziaufmarsch zerlegt.

Insgesamt also gar kein Anlass für Traurigkeit. Schön wäre allerdings wenn sich dies auch in verstärkter Diskussion und politischer Debatte ausdrücken würde. Möglichkeiten dafür bietet nicht nur die Zeck, sondern auch andere autonome Medien. Mit großer Freude hatten wir deshalb vor einiger Zeit eine neue Ausgabe der radikal gelesen. Mit ebenso großem Schrecken haben wir sie nach dem lesen wieder aus der Hand gelegt. Das von uns sehr verehrte Vereinsmagazin der lässigen Riots und plündernden Horden in aller Welt entpuppte sich als reines Plagiat dogmatisch verbrämter K-Prägung. Wir stellen dazu fest: Wer autonome Medien nachmacht, verfälscht oder so tut als seien sie echt wird mit Bartwuchs und Parteigründung bestraft.

Zu zwanzig Jahren Flora hat uns leider wenig erreicht und wir hoffen das dies ein Ausdruck der zahlreichen sonstigen Aktivitäten und nicht für den Stand der Bewegung um das Projekt ist. Nichtsdestotrotz wollen wir noch mal optimistisch darauf hinweisen, dass die Rote Flora mehr als die Summe der einzelnen Teile und Gruppen aus dem Haus bedeutet. Beteiligt euch an Vollversammlungen und Diskussionen um das Gebäude und nutzt die Strukturen dort auch mit Blick auf das Gesamtprojekt. Ihr wisst ja, die Flora ist kein Revolutionsmuseum, sondern ein kleiner Zwischenschritt und wackliges Provisorium im historischen Prozess auf dem Weg zur Überwindung von Kapitalismus und Patriarchat. Die nächste Möglichkeit zur Weltrevolution ist wie man aus verschiedenen Sternenkonstellationen gedeutet hat übrigens der 12. September. Damit wir uns nicht auf die Sterne verlassen müssen, sei allen auch noch mal der autonome Kongress, der für den 9.-11. Oktober angedacht ist, ans Herz gelegt. Auf dem geht es um linksradikale Ausgangspunkte und Strategien gegen die herrschenden Verhältnisse.

Ganz besondere Grüße senden wir in dieser Ausgabe an unsere Genoss_innen vom Wagenplatz Rondenbarg. Erreichte sie doch kürzlich ein Brief, der sich als Zeck Redaktion ausgab. Die Redaktion dieser Zeitung besteht in gewisser Weise ja in der Tat aus den Leser_innen, dennoch legen wir Wert darauf, dass keine Irren ausser uns Briefe im Namen der Zeck schreiben. Vor allem dann, wenn ihr Inhalt aus wirren Anschuldigungen im Bildzeitungsstil und denunziatorischen Inhalten besteht. Die Kraft der zwei Herzen besteht eben nicht nur aus Centro Soziale und Roter Flora, sondern auch aus deren altautonomen Kampfblatt und dem eben so ehrwürdig gealterten Wagenplatz Rondenbarg. Dreckig bleiben!

Ein ganz besonderer Gruß erreichte wiederum uns selbst über Umwege. Die Polizei hat am 01.09.09 im Buchladen im Schanzenviertel eins (!) unserer Exemplare wegen Aufrufes zur Gewalt geklaut. Im entsprechenden Artikel ging es um den Umgang mit Überwachungskameras in Läden und Privatwohnungen im Schanzenviertel. Mal ganz davon abgesehen das die Überwachung des öffentlichen Raumes zweifelsohne gewaltvoller als die Sabotage von solch totalitären Maßnahmen ist. Die Zeitung gibt es bekanntermaßen ja umsonst und sie lag auch bereits seit 8 Wochen in zahlreichen Kneipen, Buchläden und sozialen Zentren aus. Das letzte übrige Exemplar konnte sich das polizeiliche Rollkommando gerade noch glücklich ergattern. Dass es angesichts dieser Umstände dazu eines Durchsuchungsbeschluss bedurfte, darf wohl eher als subtile Botschaft in Richtung Schanzenfest verstanden werden.

Irgendwo auf hoher See hat ein Angestellter der Innenbehörde, wohl den weißen Wal blasen sehen und unverrichteter Dinge Käpt´n Ahlhab von diesem Umstand unterricht. Dieser setzte sofort ein Boot voller Harpuniere im Schanzenviertel aus, welche sich auf die Suche machten. Was sie gefunden haben wird als kleines Puzzle in der Asservatenkammer der Polizei für alle Ewigkeit daran erinnern, dass es ihn irgendwo da draußen gibt: Den sagenumwobenen weißen Wal, der in aufgewälzter See, die Flotten des Sicherheitsstaates mit Mann und Maus verschlingt. Die Zeichen stehen auf Sturm. Am 11. und 12. September schickt Ahlhab seine gesamte Fangflotte ins Verderben und sucht nach weiteren Zeichen. Wir sind sicher er wird sie überall finden und die weithin sichtbaren Rauchzeichen werden wie in einer alten Sage von seinem Untergang verkünden, während die Tiefe der Stadt ihm ein kaltes Grab wird, über dem die Wellen der Bewegung sich wie sein Leichentuch auf und ab wiegen.

in klammheimlicher freude
Zeck

Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Art kel auf Datenträgern (CD,Diskette,...) mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. CD's und Disketten können nicht zurückgegeben werden. Art kel im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck g bt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).

Eigendruck im Se bstverlag.

Zur Hausdurchsuchung am 25.08.09 in Hamburg

Am Nachmittag des 25.08.09 wurde unsere Freundin und Genossin in einem Hamburger Internetcafe unter dem Vorwurf der "versuchten Brandstiftung nach §306 StGB in Verbindung mit §30 Abs.2 StGB" vorläufig Festgenommen.
Anschließend wurde sie über 8 Stunden auf einer Polizeiwache festgehalten und erkennungsdienstlich behandelt. Jegliche Aussage, sowie die Abgabe von DNA-Proben wurden von Seite der Genossin verweigert.
Im Zuge der Ermittlungen des Landeskriminalamtes wurde noch am selben Tag eine Hausdurchsuchung in ihrer ehemaligen Wohngemeinschaft durchgeführt Beobachtungen legen nahe, dass nach der Entlassung unserer Freundin aus der Gewahrsamnahme eine Observation durchgeführt wurde bzw. wird. Einerseits dienen diese Observationen dem Ausspähen des persönlichen und politischen Umfeldes. Um damit das strafrechtliche Konstrukt auf andere vermeintliche "Täter_Innen" zu erweitern. Andererseits sollen diese Maßnahmen Ängste innerhalb des Umfeldes der Betroffenen schüren und somit zu einer Isolation und Endsolidarisierung führen.
Dem stellen wir uns offensiv entgegen und werden unserer Freundin und Genossin mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.
Wie immer versuchen die Ermittlungsbehörden vermeintliche "Täter_Innen" zu präsentieren, daher spielen Spekulationen und Mutmaßungen nur den Bullen in die Hände.
Lasst sie im trüben fischen!
Über neue Entwicklungen werden wir euch auf dem Laufenden halten.

In Solidarität,
Freund_Innen und Genoss_Innen
Hamburg, 28.08.2009

##################################

Dem System die Krallen zeigen!

Zwei Leute aus Berlin sowie ein Mensch aus Hamburg hatten zum Juli eine richterliche Zeugenvorladung erhalten. Im Rahmen eines Rechtshilfeersuchens des Tribunal de Grande Instance de Paris wurden sie aufgefordert, in einem französischen Ermittlungsverfahren gegen neun Genoss_innen (Tarnac 9) als ZeugInnen auszusagen. Was die 3 Genoss_innen natürlich verweigerten.
Im November 2008 kam es in Frankreich zu Hakenkrallenanschlägen auf die Oberleitungen mehrerer TGV-Strecken. Im selben Zeitraum ereigneten sich in Deutschland Brandanschläge auf eine Reihe von Signalanlagen der Bahn. Wenige Tage darauf, am 11. November 2008, wurden im französischen Dorf Tarnac neun Genoss_innen im Rahmen einer Razzia festgenommen. Neben dem Vorwurf der Beteiligung an den Hakenkrallenanschlägen wird ihnen unterstellt, einer linksautonomen konspirativen Vereinigung mit dem Namen "Unsichtbare Zelle" anzugehören.
Inzwischen sind alle Angeklagten nach mehreren Monaten Knast unter strengen Auflagen und Kautionen vorerst wieder auf freiem Fuß. Die Ermittlungen gehen jedoch weiter, auch auf internationaler Ebene, wie sich unter anderem an dem Amtshilfeersuch zeigt.

##################################

DER CELLER TRIALOG 2009

Im dritten Jahr in Folge fand im niedersächsischen Celle unter Ausschluss der Öffentlichkeit der "Celler Trialog" statt. Dieses "Diskussionsforum für Außen- und Sicherheitspolitik" wird selbst in der Presseerklärung der Celler Polizei als "nationales Pendant zur Sicherheitskonferenz" (SiKo) in München gehandelt. Initiiert wurde das Treffen vom Aufsichtsratsvorsitzenden der Commerzbank, Klaus-Peter Müller, und dem Bundesministerium der Verteidigung. Die 1. Panzerdivision Hannover repräsentierte die militärische Partnerin. Genau wie die SiKo steht der Celler Trialog für Krieg, Ausbeutung, Aufrüstung und zunehmende Militarisierung der Gesellschaft.

CELLER TRIALOG 2010 IN KIEL
Der Celler Trialog 2009 war vorerst das letzte Treffen der Kriegstreiber_innen in Celle. Laut einer Pressemitteilung der Commerzbank steht die 1. Panzerdivision Hannover bis 2012 nicht mehr als Partnerin zur Ausrichtung des Trialogs zur Verfügung, da sie sich in diesem Zeitraum auf Einsätze auf dem Balkan und in Afghanistan vorbereiten müsse. Die 1. Panzerdivision ist also zu sehr mit Kriegführen beschäftigt, deshalb wurde sich eine neue militärische Partnerin für den Trialog gesucht.
Die Wahl von Kiel als Tagungsort im Jahr 2010 legt eine Beteiligung des Marinegroßverbunds Einsatzflottille 1 nahe.

##################################

22 Menschen trotz Massenprotesten in Kopenhagen abgeschoben

Am 01.09. gegen 2 Uhr morgens wurden 22 IrakerInnen über den Flughafen in Odense(grösste Stadt auf der Insel Fünen) abgeschoben. In Verbindung mit der Deportation wurden ca 60 AktivistInnen von der Bullerei vorsichtshalber in Gewahrsam genommen. Wieder einmal gingen danach insgesamt über 10000 Menschen, davon der Grossteil in Kopenhagen, in Dänemark auf die Strasse, um gegen die unmenschliche Asylpolitik zu demonstrieren. Schon seit längerer Zeit hatte es nach der Räumung der Brorsonskirche Gerüchte über eine baldige Deportation gegeben. Innerhalb der Bürgerinitiative kirkeasyl wurden deshalb seit der Inhaftierung der IrakerInnen 24 stündige Wachtposten am Abschiebeknast eingerichtet, die zur Aufgabe hatten Anzeichen auf eine mögliche Deportation zurückzumelden, damit eine geplante Blokkade und Kundgebung am Flughafen gestartet werden könne. Am Dienstagabend wurde es dann konkreter-laut dem Nachrichtendienst NewsPaq hatten mehrere Quellen in den Reihen der Bullerei verplappert und bestätigt, dass ein Polizeieinsatz schon sehr bald stattfinden würde.

Mittwochnacht kurz vor 2 Uhr fuhren dann 5 Wannen vor dem Abschiebeknast Ellebæk vor, um 21 Männer und eine Frau abzuholen und über den Flughafen in Odense in den Irak abzuschieben. Dabei nahmen sie auch gleich 7 AktivistInnen mit und nahmen sie vorsichtshalber gleich in Gewahrsam, unter ihnen auch ein/e JournalistIn von modkraft.dk, die trotz Presseausweis und deutlicher Aussage, dass dieses nicht sein/ihr Privatvergnügen, sondern Arbeit sei, ohne Kommentar mitgenommen wurde. Desweiteren wurde kein genauerer Grund der Festnahme angegeben, als "Gefahr im Verzug".

Alle, die bei Ellebæk in Gewahrsam genommen wurden, sind Mittwoch morgen gegen 8 wieder frei gelassen worden. Auch in Kopenhagen wurde eine Gruppe von AsylaktivistInnen, die auf dem Weg zur Blockade waren auf das Präsidium Bellahøj mitgenommen. Es wirkte alles koordiniert, da alle Festnahmen ungefähr zum selben Zeitpunkt stattfanden. Trotzdem schafften es laut kirkeasyl 50-100 AktivistInnen in den Flughafen von Roskilde, da mensch ursprünglich angenommen hatte, dass die IrakerInnen von dort abgeschoben werden würden.

Aufgrund der nächtlichen Aktion fanden am 2.9. landesweit in Dänemark Kundgebungen und Demonstrationen statt. Allein in Kopenhagen gingen 10.000 Menschen auf die Strasse.

20 Jahre Rote Flora

Ein paar Gedanken zu 20 Jahre Rote Flora

Kurz bevor ich im Jahr 2000 nach Hamburg gezogen bin, fand eine Hausdurchsuchung in der Flora statt, nachdem bei Auseinandersetzungen mit den Cops am 1.Mai Leute in der Flora Zuflucht gesucht hatten. Es war das Jahr der EXPO 2000 in Hannover und im Sommer war eine staatliche "Antifa" Kampagne am laufen zu der es eine Veranstaltungsreihe in Hamburg gab, um staatskritische, linksradikale Inhalte in/gegen diese Debatte einzubringen. Es war normaler als heute, das sich ähnliche Leute in der Flora trafen, die auch im Liz im Karoviertel oder in der B5 zu Vokü̈s gingen. Vielleicht lag das auch an meinem Alter, das die Menschen, mit denen ich viel zu tun hatte offener gegenüber verschiedenen Orten waren als heute, aber es gab auch mehr Orte insgesamt, wie das "Cafe und Buch" in der Marktstraße, das "Save the Planet" und die Wagenplätze Schützenstraße, Paciusweg, Bambule,... die Stadt war weniger repressiv und lockerer irgendwie.

Nach dem 11.September 2001 änderte sich dies meiner Wahrnehmung nach tendenziell. Es gab viele derbe Gesetzesänderungen, die Angst vor Terror wurde als Holzhammer gegen soziale Bewegungen genutzt und die Stimmung mit den neuen Kriegen und parallel der inneren Aufrüstung mit Schill und CDU Machtwechsel später, der Räumung vieler Wagenplätze und anhaltender Repression wurde kälter in Hamburg.

Wir hatten im Herbst 2001 in der Roten Flora einen Kongress "Perspektiven linksradikaler Politik - Themen, Strategien, Aktionsformen" zur Nachbereitung und stärkeren lokalen Vernetzung nach dem G8 Gipfel in Genua mit verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen geplant. Eine der Veranstaltungen auf diesem Kongress fiel etwas aus der Reihe, weil es thematisch um "Die Linke, der 11.September und ..." (so genau erinnere ich mich nicht mehr an den Titel, aber er war provokant gegen die Bewegungslinke gerichtet, aus der heraus gerade dieser Kongress organisiert wurde, so in etwa als ob aktive Politik grundsätzlich falsch wäre). Wir entschieden uns als Vorbereitungskreis, der Veranstaltung Platz zu geben auch wenn keine_r aus der Vorbereitung die vertretenen Positionen teilte soweit ich mich erinnere.

Dann aber kam es während der Veranstaltung zu einem Konflikt mit diesen Veranstaltern, da sie die Bahamas Zeitung ausliegen hatten und diese verkaufen wollten. Auf die Bemerkung von einigen Personen im Raum hin, das diese Zeitung antifeministisch und reaktionär sei, und der Zeitungsstand abgebaut werden solle und sich viele Personen mit dieser Position solidarisierten, wurde vom Podium her darauf reagiert, das dies lächerlich sei und nur ihre Position bestärke wie falsch unsere Form der Politik sei. Daraufhin wurde diese Veranstaltung von uns abgebrochen und die beiden Veranstalter vor die Tür gesetzt. Dies war eine meiner ersten Begegnungen mit "Antideutschen" in Hamburg. Ich meine, der Begriff "Antideutsch" ist irreführend, da linksradikale Politik immer antideutsch ist, aber diese Form der neokonservativen Verortung sich unter diesem Titel bekannt gemacht hat. Richtig, es sollte nicht verschwiegen werden, das der Stein des Anstosses auch das Titelblatt der damaligen Zeck zum 11.September war, das Bruce Willes vor den brennenden Twintower zeigte mit "Sowas kommt von sowas" und wo Kritik an Antiamerikanismus angebracht war.

Aber statt über den massiv einsetzenden "Sicherheits"diskurs innerhalb Europas, Nordamerikas und darüber hinaus eine starke emanzipative Gegenposition zu entwickeln gegen den Krieg nach innen und außen wurde in der autonomen Szene teilweise konservatives Gedankengut wie "Zivilisationsverteidigung" und Kriegsbefürwortung modern. Die beiden Bahamas Verfechter waren scheinbar nicht allein im Umfeld der Roten Flora, wie sich später an der Auseinandersetzung mit der Gruppe "Bad Weather" zeigen sollte, die meines Wissens den Sportraum nutzten und parallel zu Demonstrationen gegen den "antinationalen Konsens in Hamburg" (und explizit auch gegen die Rote Flora), initiiert von der Bahamas Redaktion im Jahre 2004 auftraten. Meine Wahrnehmung war, das solche Positionen nie öffentlich Fuß fassen konnten in der Roten Flora und auch nie Mehrheitsfähig waren oder wären sonder immer eine Randgruppe darstellten. Dies zeigte sich auch an dem "Weichspülpapier" zu Antisemitismus in der Linken, das in der Roten Flora erarbeitet wurde und erheblich reflektierter und an linker Politik orientierter war, als die Position des Bahamas Umfeldes. "Weichspülpapier" insofern, das es viele Fragen offen ließ oder schwammig formulierte, was in einem so heterogenen Projekt wohl auch angemessen sein kann.

Es gibt viele andere Aspekte, an denen sich auch zeigt, wie schwer es ist, in einem so vielseitig genutzten Zentrum inhaltliche Positionsbestimmungen auszuarbeiten. Es gab ein Positionspapier zur Vertreibung des Fixsterns nebenan (in dem heute eine Yuppielocation untergekommen ist, der damals wichtiger Anlaufpunkt für Drogenuser_innen war), es gab auch zu Beginn meiner Florazeit gleich mehrere Vollversammlungen zu dem Vertragsangebot von der Stadt, das Gebäude zu kaufen, woraus die Position "Flora bleibt unverträglich" mit offensivem Selbstbewusstsein als überwiegend getragen herauskam und dabei eine gute Auseinandersetzung, warum dieses Projekt so funktioniert wie es ist und was uns als Nutzer_innen jeweils wichtig ist. Ein Stachel in der bürgerlichen Hamburger Selbstgefälligkeit, ein Abweichen von konsumorientierter Party und Bespaßung, der Versuch einer selbstorganisierten Struktur ohne strukturelle Hierarchien und gegen die herrschende Ordnung.

Liebe Genoss_innen,

Flora bedeutete für den EA Hamburg jahrelang ein heimeliges Zuhause mit aufregenden Demos, informativen Veranstaltungen und ertragreichen Soli-Partys (von denen leider nichts mehr übrig ist, also bitte spenden). Die eine oder der andere wird sicherlich auch nicht den manchmal mehr oder weniger schweren Weg zu unserem Büro oder die von Ratten ernagte Telefonleitung vergessen. Jahrelang hielt sich in unsere Gruppe das Gerücht von einer riesigen Rattenzentrale unter der Flora, von der aus die Geschichte der ganzen Macht gelenkt wurde.
Doch das ist eine andere Geschichte.

Liebe Grüße
EA Hamburg

Ich habe ein paar Jahre viel Zeit auf den Plena verbracht und mich immer geärgert, wenn Leute einfach weggeblieben sind, ohne sich inhaltlich begründet zu verabschieden. Denn in Einzelgesprächen waren es oft inhaltliche Kritikpunkte, die zum Wegbleiben führten und die sicher auch andere Leute beschäftigten. Aber ich bin selbst auch irgendwann einfach weniger häufig da gewesen und bin dann nach und nach weggeblieben, statt noch eine Abschiedsbegründung zu schreiben. Einiges was in einer solchen stehen sollte gehört hier nicht in ein öffentliches Blatt, anderes schon. Emotional ist die autonome Linke oft nicht einfach. Für mich war einer der Gründe wegzubleiben, das ich das Gefühl hatte, das so viel Energie nötig ist, um tatsächlich Dinge im Zentrum zu bewegen und dann aber die Anerkennung für manche Einsätze ausblieb. Bei großen Baumaßnahmen haben wir unglaublich viel gemacht und dann war es später kaum Thema fand ich. Und auch die Nutzung dieses Raumes, immer wieder neu reparieren, weil Vieles immer wieder kaputt geht oder Nutzer_innen (nicht aufs Plenum bezogen) sich größtenteils nicht verantwortlich fühlen für den Raum war über die Jahre ermüdent.

Es wird immer viel über die informellen Hierarchien innerhalb des Projektes geschimpft, aber wenig in der Praxis getan, diese zu überwinden. Mein Eindruck war, das aktive Veränderung zwar nicht immer gleich offene Türen vorfindet, aber es möglich ist, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und die Rote Flora über verbindliches Handeln viele Freiheiten und Räume für linksradikale und kulturelle Projekte und Strukturen ermöglicht. In autonomen Zentren kommen und gehen Leute sehr schnell, das liegt nicht allein an diesen Zentren, sondern auch an den Leuten, die enthusiastisch einsteigen, viel vorhaben aber oft auch schnell wieder hinschmeissen. Ich denke Vertrauen entsteht vor allem durch aktive Teilnahme, die etwas verbindliches hat. Wenn es mehr organisierte Gruppen und Projekte gibt und diese bereit sind, sich im Projekt Rote Flora über längere Zeiträume einzubringen, kann sich Vieles mehr entwickeln.

Ich habe mich auf andere politische Projekte konzentriert, die überschaubarer sind und bin aber weiterhin solidarisch mit dem Projekt und unterstütze gelegentlich. Die Rote Flora ist für Hamburg ein wichtiger Ort linksradikaler Politik, vor allem als Einstiegsort, an dem Erfahrungen gesammelt werden können, die an den meisten anderen Orten hier so nicht möglich sind, sei es räumlich, strukturell oder politisch. Es ist auch ein wichtiges, andauerndes Experiment, generationenübergreifend gemeinsame politische Handlungsweisen in so einem Projekt zu entwickeln und ich wünsche allen Beteiligten weiterhin solidarisch viel Kraft für die nächsten 20 oder mehr Jahre!

ein anarchoarchivar

20 Jahre Rote Flora und der Schwarzmarkt um die Ecke ...

Von Dinosaurier zu Dinosaurierin: Es hat sich viel getan hier im Viertel in den letzten 20 Jahren. Umso wichtiger war und ist uns die Zusammenarbeit zwischen den verbliebenen linksradikalen Projekten. Freilich, die Flora ist genauso wenig genau dasselbe geblieben wie der Schwarzmarkt - zum Glück! Schließlich wollen wir Bewegung in der Bewegung und wir wollen Orte, an denen Diskussionen geführt werden, an denen Leute aufeinander treffen und versuchen, etwas gemeinsam zu entwickeln. Wir jedenfalls finden unser Dinosauerierland noch ganz schön quietschfidel und wünschen uns mindestens weitere 20 Jahre solidarischen Miteinanders im Kampf für eine andere Gesellschaft!



Inglorious Schanzenfest

NPD Kundgebung angreifen - Law and Order versenken

Nach Innensenator Ahlhaus, hat nun auch die NPD in Hamburg dazu aufgerufen, dem Schanzenfest ein Ende zu bereiten. NPD-Funktionär Jürgen Rieger hat zu diesem Zweck eine Kundgebung angemeldet, die am Freitag den 11. September um 19 Uhr am Berliner Tor stattfinden soll.

Motto der NPD Kundgebung ist: "Recht und Ordnung durchsetzen - Schanzenfest dauerhaft verbieten!". Wir fordern alle auf, diese Nazikundgebung zu verhindern. Informiert euch über die laufenden Aktivitäten und kommt zum Ort, an dem sich die NPD treffen will.

Am darauf folgenden Samstag findet in Hannover ein weiterer Naziaufmarsch statt. Wir unterstützen die antifaschistische Mobilisierung nach Hannover und laden alle ein, von Hamburg aus dorthin zu fahren. Alle, die in Hamburg bleiben, rufen wir auf, den antifaschistischen Selbstschutz auf dem Schanzenfest am 12. September zu organisieren. Verhindert die Naziaufmärsche und unterstützt antifaschistische Proteste.

Von Biedermännern und Brandstiftern

Der Rechtspopulismus, der spätestens seit Schill die Hamburger Innenpolitik bestimmt, übt sich seit langem im Schulterschluss mit rechtsgerichtetem Wählerpotential. Zu diesem Zweck wird ein "subjektives Sicherheitsbedürfnis" und eine "gesellschaftliche Mitte" als Trägerin von diesem konstruiert, das der Verschärfung von Gesetzen und einer zunehmenden Überwachung dient. Der Mensch wird darin vor allem als Gefahrenpotential und Träger von Pflichten gegenüber einer Gemeinschaft gesehen, die über staatliche Kon trolle reguliert wird. Bei solch autoritären Gesellschaftsbildern ist es kein Wunder, dass sich auch die NPD nicht lange bitten lässt und der "Law and Order"-Einheitsfront gegen die Ordnungwidrigkeit das Schanzenviertelfestes beitritt.
Der gesellschaftliche Schulterschluss von Biedermännern und Brandstiftern hat im wiedervereinigten Deutschland schlechte Tradition. Der ungehemmt aufkeimende Nationalismus nach dem Mauerfall beförderte rassistische Übergriffe und Morde in einem ungeahnten Ausmaß. Rostock-Lichtenhagen, Mölln oder Mannheim-Schönau stehen für eine Pogromstimmung gegen Asylbewerberinnen und Migrantinnen, die weit in die Gesellschaft reichte. Die etablierten Parteien übten sich währenddesssen in Doppelmoral. Einerseits wurden Pogrome verurteilt weil sie das staatliche Gewaltmonopol verletzen und dem Ansehen im Ausland schadeten, andererseits wurden diese durch rassistische Stimmungsmache parteiübergreifend geschürt. Statt Solidarität mit den Betroffenen von rassistischen Übergriffen zu entwickeln, übte man sich im Verständnis für die subjektiven Ängste der Bürger_innen.
Wer nach Deutschland komme, habe sich schließlich an die Regeln hier zu halten. Die Konsequenz der Pogrome und Morde war daraus folgend die Änderung und faktische Abschaffung des Asylrechts.
Faschistischen Gruppen gelang es, sich in diesem Zusammenhang als Speerspitze zu etablieren, weil sie bestehende Ressentiments in der Bevölkerung aufgriffen und den gesamten Diskurs nach rechts verschoben. Politiker aller Parteien waren dabei mehr als willige Vollstrecker, die faschistische Gewaltaten zwar verurteilten, aber deren inhaltliche Basis als mehr oder weniger nachvollziehbare Wut der Bürger aufgriffen. In Form eines Durchlauferhitzers verstärkten sich gewalttätige Übergriffe in einer Wechselwirkung von faschistischen Mobilisierungen, einem rassistischen Diskurs in der Öffentlichkeit und schließlich der juristischen Umsetzung dessen durch die Politik.

Alerta Antifascista

Dass Nazis sich negativ auf das Schanzenfest beziehen, hängt im Gegensatz zu Innensenator Ahlhaus nicht damit zusammen, dass es sich der staatlichen Kontrolle entzieht. Es ist nicht die Ordnungswidrigkeit eines unangemeldeten Straßenfestes, die organisierte Nazis wie Jürgen Rieger auf die Straße treibt, sondern der Antifaschismus und das vergleichsweise internationale Flair im Stadtteil. Die NPD teilt den Wunsch vieler rechtskonservativer Politiker, die diesen Stadtteil normaler haben wollen: Ohne das autonome Stadtteilkulturzentrum Rote Flora und linke Chaoten, weniger Schwarze, die in diesem Bild als Dealer stigmatisiert werden, mehr deutscher Mittelstand statt migrantischer Grossfamilien. Es ist wie bei der Änderung des Asylrechts ein Versuch, bestehende Ressentiments in der Bevölkerung und Hetze von Politiker_innen aufzugreifen, um sich als militanter Flügel an die Spitze eines Diskurses zu setzen und rechtliche Beschränkungen, in diesem Fall ein Verbot des Schanzenfestes, durchzusetzen. Dieses Unterfangen wird jedoch scheitern. Sowohl Ahlhaus als auch Nazis agieren nicht für sondern gegen die Interessen der Anwohner_innen im Stadtteil, Solidarisierungseffekte oder heimliche Zustimmung werden daher weitgehend ausbleiben. Zum anderen wird der Nazikundgebung im September ein breiter Widerstand entgegenschlagen. Der Angriff der NPD schwächt die Mobilisierung zum Fest nicht, sondern wird eine noch breitere Unterstützung hervorrufen. Für die NPD verspricht der Termin trotzdem überregionale Medienpräsenz und damit kostenlose Wahlwerbung.
Vor allem aber hoffen die Faschisten darauf, sich an die Spitze der rechtskonservativen Gegner_innen des Festes zu setzen und anschliessend ein mögliches Verbot als politischen Erfolg zu verkaufen. Ein solcher liegt damit nicht in der faschistischen Kundgebung selbst, sondern vor allem in einem möglichen Aufgreifen dieser Situation durch den schwarz/grünen Senat und Bezirk als Getriebene der NPD. Die Innenbehörde könnte die NPD-Kundgebung instrumentalisieren und zum Anlass für polizeiliche Angriffe auf das Schanzenfest nehmen. Einerseits in dem eine lechts gleich rinks Argumentation aufgebaut wird, die faschistische Strukturen und den Nationalsozialismus verharmlost. Andererseits, indem die Auseinandersetzungen in der Nacht zum 12. September in das Schanzenviertel getragen werden, um den Aufbau des Festes zu behindern.

Protest sollte daher nicht als ritualisierter Selbstzweck oder berechenbare Funktion für die Polizei und Innenbehörde ablaufen. Es ist völlig richtig und wichtig, sich gegen Polizeiübergriffe zu wehren und Nazis aktiv anzugreifen. Antifaschistischer Widerstand muss deshalb überall dort stattfinden, wo die Kundgebungen und Sammelpunkte von Nazis sind.

Wir feiern wie wir wollen!

Die Zielsetzung am 11. und 12. September ist, das Schanzenfest als politischen Ausdruck gegen die Widerstände von Senat, Bezirk und Nazis durchzusetzen. Ein antifaschistischer Selbstschutz wird alle Versuche

von Nazis unterbinden, das laufende Fest anzugreifen, dort Propaganda zu betreiben oder Versammlungen abzuhalten. Das Fest wird mit oder ohne Duldung des Bezirkes stattfinden. Die Polizei ist aufgefordert, sich zurückzuhalten und auf eine Eskalation zu verzichten. Geschlossene Polizeieinheiten oder gar Wasserwerfer haben dort nichts verloren. Alle sind aufgefordert, sich an der Durchsetzung des Straßenfestes zu beteiligen. Organisiert Info- und Flohmarktstände, nutzt das Fest als Bühne für politische Aktionen, Kunst, Kultur und Propaganda gegen Sicherheitswahn und staatliche Kontrolle. Das Motto des Festes "Käptn Ahlhab auf der Suche nach dem weißen Wahl" richtet sich gegen ebenjenen Rechtspopulismus, dem das Treiben in der Schanze verhasst ist und der sich nun im Bündnis mit der NPD befindet.

Der Senat und Bezirk eskalieren die Situation derzeit weiter, in dem nach wie vor diskutiert wird, ob das Fest angegriffen wird. Weder findet eine Aufklärung der Ereignisse um den 4.7., statt noch werden Verantwortliche für Polizeigewalt zur Rechenschaft gezogen. Übergriffe von Polizeibeamten werden gedeckelt und auch für den September wird offensichtlich bisher auf eine eskalative Lösung gesetzt. Es wurde sich bisher nicht dazu geäussert, ob Ahlhaus seine Finger vom Fest lässt. Sollte die Innenbehörde die Initiative erhalten, sind Auseinandersetzungen wie am 4.7. vorprogrammiert, da dort ganz offen auf Polizeigewalt als ordnungspolitisches Mittel gesetzt wird. Diese Drohgebärden im Vorfeld befördern nicht nur einen erneuten polizeilichen Ausnahmezustand am 12. September, sondern auch den faschistischen Aufmarsch am Vorabend.

Der Innenbehörde fehlt bis heute jegliche Einsicht und Bereitschaft, ihre Beamten in den Kasernen zu lassen und Angriffe auf Festbesucher_innen zu unterlassen. Stattdessen wird auf Polizeifestspiele und eine Demonstration der Staatsmacht gesetzt. Wird eine gesellschaftliche Stimmung erzeugt, die Nazis das Terrain für eine Mobilisierung bietet. Der Anmelder der NPD-Kundgebung mag Jürgen Rieger heißen, der Verantwortliche jedoch heißt Innensenator Ahlhaus und liefert durch seine populistischen Angriffe auf das Schanzenfest die ideologische Munition für organisierte Nazis.

Gegen deutsche Verhältnisse

Die Gegner_innen des Schanzenviertelfestes verfolgen unterschiedliche Ziele, aber sie eint der Hass auf Abweichungen von der Norm und der positive Bezug auf autoritäre Gesellschaftsentwürfe. Gentrifizierung und staatliche Kontrolle, die politischen Schwerpunkte, gegen die sich das Schanzenfest richtet, werden stattdessen als positiv betrachtet, um Anwohner_innen im Sinne deutscher Obrigkeitshörigkeit zu disziplinieren. Proteste gegen Gentrifizierung und Stadtentwicklung sind Nazis und Sicherheitsfanatiker_innen gleichermaßen ein Dorn im Auge. Denn politisch stehen die Proteste für ein solidarisches Zusammenleben und freies Fluten im öffentlichen Raum.

Neben dem Umstand, dass das Schanzenviertel in den letzten Jahren teurer und schicker wurde, ist es in den letzten Jahren vor allem eines geworden: Deutscher. Was freie Kameradschaften in der ostdeutschen Provinz als "National befreite Zone" anstreben, erledigt im Schanzenviertel in moderaterer Form die Stadtentwicklungspolitik und der freie Markt. Die wohlklingende Phrase einer
"sozial verträglichen Bevölkerungsstruktur" meint in Stadtteilen wie der Schanze und St. Pauli vor allem eines: "Ausländer raus". Entsprechend hat der Anteil an Migrant_innen in den letzten Jahren signifikant abgenommen. Als "sozial verträglich" werden nicht billige Wohnungen, Existenzgeld oder die finanzielle Unterstützung von sozialen Einrichtungen begriffen, sondern die Ausgrenzung und Vertreibung von ärmeren Bevölkerungsschichten, Migrant_innen und Flüchtlingen.

Wir greifen nicht nur Nazis und die NPD an, sondern eine gesellschaftliche Realität, die deren Mobilisierungen erst möglich macht. Faschismus lässt sich nicht verbieten, weil seine Wurzeln in Ressentiments im Alltag, in Politik und Mediendiskursen verankert sind. Er lässt sich nur radikal bekämpfen. Dies bedeutet nicht nur, Faschisten auf der Straße anzugreifen, sondern auch, den gesellschaftlichen Konsens, aus dem sie agieren: Die rassistischen Wurzeln und patriarchalen Rollenbilder, den tiefsitzenden Antisemitismus und heimatverbundenem Eurozentrismus.

Fight law and order!

Wir feiern das Schanzenfest, um staatlicher Kontrolle und Überwachung eine Absage zu erteilen. Wir feiern, um Innensenator Ahlhaus und anderen Scharfmachern zum Ausdruck zu bringen, dass polizeiliche Repression uns nicht unsichtbar macht. Und wir feiern, um allen Nazis und Faschisten zum Ausdruck zu bringen, dass sie ein Teil der Geschichte sind, den wir auf dem Weg in eine bessere Zukunft bekämpfen.

Sie wollen das Schanzenfest und alles Abweichende weghaben, leugnen die Shoa und vertreten sexistische, rassistische oder antisemitische Ideologien. Wir hingegen rufen alle dazu auf, an jene Orte zu ziehen, an denen sich Nazis zusammenfinden, um deren Treiben ein Ende zu bereiten.

Es gibt in diesem Jahr nicht nur zwei Schanzenfeste als Protest gegen "Law and Order"-Politik , sondern auch antifaschistische Aktionen am 11. September. Wir sehen Letzteres nicht als losgelöste Veranstaltung, sondern als Teil des Schanzenfestes! Denn das Fest ist kein kommerzielles Vergnügen oder schlichtes Feiern, sondern vor allem auch politische Intervention: Sich zeigen, Räume besetzen und Kritik der Verhältnisse. Erst Nazis bekämpfen, dann Ahlhausahab und die Walfängerflotte des Sicherheitsstaats versenken! Keinen Fußbreit dem Faschismus - keinen Meter der Repression!

Beteiligt euch an der Mobilisierung gegen die NPD-Kundgebung am u. September und stoppt den Nazi Aufmarsch am 12. September in Hannover! Unterstützt das Schanzenfest und organisiert den antifaschistischen Selbstschutz!

Anwohnerinnen und Anwohner

EA-Nummer bei Streß mit Bullen und Justiz: 040/43278778

Infos: Radio FSK: 93,o Mhz Internet: http://www.antifainfo.de

Mittwoch 09.09.

19 Uhr Rote Flora

Info und Mobilisierungsveranstaltung

Freitag 11.09.

NPD Kundgebung verhindern

19 Uhr Berliner Tor

Platz besetzen, Anfahrt blockieren, Nazis vertreiben - Kein Fußbreit der NPD.

Sa. 12.09.

Straßenfest im Schanzenviertel:

"Käpten Ahlhab auf der Suche nach dem weißen Wal"

Flohmarkt- und Infostände, Aktionen, Livemusik und Soundsysteme gegen : Repression und stattliche Kontrolle.

In der Bartelsstraße, Susannenstraße und dem Schulterblatt.

Sa. 12.09.

Naziaufmarsch in Hannover stoppen

Ab 12 Uhr wollen NPD und Freie Kameradschaften dort aufmarschieren.

Mehr Informationen unter:

http://ingloriusschanzenfest.blogsport.de

http://antifahamburg.blogsport.de

http://hannovergegennazis.blogsport

Hallo allerseits,

das Schanzenviertelfest vom 4.Juli 2009 ist nun also Vergangenheit. Aber nein, wir müssen nicht ein ganzes Jahr darauf warten, wieder feiern zu dürfen. Am 12.September 2009 ist es schon wieder soweit. Genug Anlass, um das vergangene Fest, naja eigentlich den militanten Teil des Festes auch ein wenig kritisch zu betrachten.

Es gab vieles, was positiv gelaufen ist. So haben sich viele Menschen auf die möglichen Auseinandersetzungen mit den Bullen vorbereitet.
Es gab Ecken, an denen es die Bullen lange schwer hatten, gegen das massive gemeinsame Agieren vorzugehen. Was es ihnen aber erst recht über Stunden unmöglich gemacht hat, die Lage zu kontrollieren, war das Verteilen von militant Agierenden auf die gesamte Fläche des Viertels. In der Vergangenheit gab es oft die kritische Frage, warum sich Auseinandersetzungen nur auf das Schulterblatt beziehen. Diesesmal haben sich die Auseinandersetzungen relativ schnell auf verschiedene Straßen und die angrenzenden Viertel verteilt. Wenn wir an verschiedenen Punkten gleichzeitig aktiv werden, kommen die Bullen mit ihrer Logistik einfach nicht hinterher. Hundertschaften, die eigentlich für Raumschutz eingeteilt waren, mussten relativ schnell ins Geschehen eingreifen. Ebenso mussten die Bullen zeitweilig Prioritäten setzten und so gab es Momente, an denen Orte relativ "rechtsfrei" waren, obwohl die Bullen eigentlich nur 200-300 Meter weiter standen, aber nichts machen konnten.
Ganz extrem verunsichert waren die Bullen bzw. die Zivis, weil einige von ihnen direkt angegriffen worden sind und aufs Maul bekommen haben.

1. Sehr gute Aktion und 2. hatte das Auswirkungen auf ihre Bewegungsstrukturen. Sie haben sich in der Folge deutlich weiter entfernt von Menschenansammlungen gehalten. Später Abends sind sie fast nur noch in Vierer-Gruppen aufgetreten. Durch das gesamte Chaos, das durch den Angriff der Bullen und die massive Gegenwehr entstanden ist, gab es auch Möglichkeiten für Aktionen, die sonst schwierig sind. So der Angriff auf die Lerchenwache und der Angriff auf das Kamerafahrzeug der Bullen.

Weniger positiv war, dass es wiedereinmal eine reine Auseinandersetzungen mit den Bullen war. Dabei war dieser Abend auch eine Gelegenheit, diversen Läden zu zeigen was wir von ihnen halten. Es gab kaum Geschäfte, die etwas abbekommen haben. Der "Real" in der Feldstraße ist da eine der wenigen positiven Ausnahmen.
Vor allen Dingen im Rahmen des direkten Angriffs der Bullen auf das Fest und der militanten Reaktion darauf ist einiges schief gelaufen, was sich so nicht wiederholen darf.
Es war zugegeben eine konfuse und hektische Situation, aber es kann nicht sein, dass sowohl Festbesucher_innen als auch die Leute, die die Bühne abgebaut haben, im gleichen Zug wie die Bullen angegriffen und gefährdet werden. Menschen auf dem Gerüst der Bühne sind extrem gefährdet gewesen, weil ihnen alles mögliche um die Ohren flog. Pyros sind mitten unter die Besucher_innen geflogen. Ein Bengalo hat den Rollstuhl eines Genossen in Brand gesetzt, ein Genosse erlitt direkt an der Bühne eine schwere Schnittwunde durch eine schwachsinnig geworfene Flasche.
Wenn ihr aktiv werdet, dann nur, wenn ihr sicher seid, dass ihr niemanden gefährdet, ausser denen, denen es gilt. Beschmeisst nicht die eigenen Leute und werft nur, wenn ihr bestimmen könnt, wo euer Wurf auch landet. Es ist besser, wenn 10 Steine nicht geworfen werden, als dass Leute von uns oder Unbeteiligte verletzt werden.
Eine Bemerkung noch zu Handykameras und Filmereien bei solchen Aktionen. Die Ausgangssituation ist bei solchen Aktionen mittlerweile, dass alle möglichen Leute alles mögliche filmen und fotografieren.

1. Wenn ihr zu denen gehört, die diesen Text lesen, hört endlich mit diesem Foto- und Filmscheiß auf.
2. Wir wissen, dass wir nicht alle erreichen und deswegen die Aufforderung: Greift ein, wenn Leute militante Aktionen filmen und fordert sie auf das zu lassen und
3. Rechnet mit diesen Idioten und vermummt euch, damit ihr euch nicht wie einige nach dem Fest im Juli im Internet bewundern könnt.



Zum Viertelfest am 12.09

Wir denken, der 04.07 war ein Erfolg. Viele Leute haben die nachträglichen Auseinandersetzungen verstanden und bejaht, die Neuankündigung des Festes kamen sehr positiv an. Gerade durch die gezielten Provokationen der Bullen während des Konzertes am frühen Abend, ihre Selbstherrlichkeit und ihre Prügelorgien wurde es vermittelbar, dass viele Leute nichts, aber auch gar nichts für die Bullen über haben und dies auch zum Ausdruck gebracht haben. Unsere Poltik und unsere Aktionen leben davon, dass sie vermittelbar sind und verstanden werden!

Wenn sich die Bullen also am 12.09. zurückhalten sollten, dann denkt daran, dass es bei allem , was ihr tut, auch um die Akzeptanz der radikalen Linken und der Flora im Viertel geht! Vielleicht verbringen wir die Nacht einfach feiernd. Wir laufen sonst Gefahr, alle Pluspunkte, die wir gewonnen haben, mit einem Mal wieder zu verspielen!ollten die Bullen allerdings genauso Auftreten wie letztes Mal, dann sollten wir noch besser agieren und ihnen einmal mehr zeigen, was wir vom staatlichen Gewaltmonopol halten!

und nun viel spass und gutes gelingen

die üblichen verrdächtigen

Das Bernhard-Nocht-Quartier stoppen:

St. Pauli muss bezahlbar bleiben - für alle!

Die Bernhard-Nocht-Straße und die Erichstraße im Süden St. Paulis sind ein wichtiger Teil der Hamburgischen Geschichte. In unmittelbarer Nähe zur Elbe und zum Hafen entstand hier über mehrere Jahrhunderte ein lebhaftes, buntes und eigenständiges Viertel. Neben zahlreichen Wohnhäusern haben hier immer wieder auch namhafte Kneipen, Bars und Läden ihre Heimat gefunden. So etwa das Sailors Inn, Harrys Hafenbasar oder das Komet.

Am Tresen der Washington Bar wurde einst der große Freddy Quinn entdeckt. Heute lassen es sich Anwohner und Besucher in der Kogge oder in der Kombüse gutgehen. Der Großteil der ansässigen Häuser stammt aus dem 19. Jahrhundert und bietet mit seinen historischen Architekturmerkmalen ein in Hamburg selten gewordenes Stück Stadtbild. Hier im Viertel leben Seeleute, Angestellte, Künstlerinnen und Künstler, Kneipiers, Familien, Studierende, Kinder und Rentnerinnen und Rentner friedlich miteinander.

Akute Gefahr

Diese jahrhundertelang gewachsene Struktur an Gebäuden und Bewohnern ist nun akut gefährdet. Denn Bezirkspolitiker und Investoren (Köhler & von Bargen) wollen hier das sogenannte "BNQ - Bernhard-Nocht- Quartier" bauen. Geplant ist der Abriss historischer Gebäude, an deren Stelle auch neue Eigentumswohnungen in austauschbarer Glas-Optik entstehen sollen. Zudem werden die Hinterhöfe eng und hoch bebaut. Schon im kommenden Herbst soll es losgehen.

Aber nicht nur architektonisch soll das Viertel "aufgewertet" werden. Bestehende Wohnungen in den betroffenen Straßen werden zunächst luxusmodernisiert und anschließend teurer neuvermietet. Für die gewachsene Nachbarschaft bedeutet dies das Aus. Denn leisten können sich die modernisierten Wohnungen dann nur noch Besserverdienende. Einkommensschwache Bewohnerinnen und Bewohner sind gezwungen, sich eine neue Bleibe zu suchen. Und die ist auf St. Pauli nicht mehr zu finden. Das hat auch Auswirkungen auf alle umliegenden Straßen. Denn der für unsere Stadt geltende durchschnittliche Mietspiegel wird durch Sanierungen und Neubauten in allen Häusern steigen. Block für Block wird so das ursprüngliche St. Pauli zerstört.

"Ich will so bleiben wie ich bin"

Wir - die Anwohnerinitiative "NO BNQ" - wollen dieses Projekt stoppen. Wohnungen dürfen keine Ware werden, mit denen Immobilien-Gesellschaften sich bereichern. Deshalb fordern wir ein garantiertes Bleiberecht für alle jetzigen Bewohner und keine Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Wir fordern:

- Sofortige Instandsetzung der Wohnungen und Durchführung der über Jahre verschleppten Reparaturen.
- Keine Mieterhöhungen!
- Sofortige Neuvermietung der leerstehenden Wohnungen.
- Alle Kneipen müssen bleiben - in den Händen der jetzigen Betreiberinnen, zu den bestehenden Konditionen.
- Keine weiteren Luxuswohnungen oder Eigentumswohnungen auf St. Pauli.
- Wir fordern eine kulturelle Nutzung für das ehemalige "Erotic Art Museum" (vom Investor "Speicher" genannt) und für die Freiflächen. Mit AnwohnerInnen, MusikerInnen und KünstlerInnen werden wir Vorstellungen dazu entwickeln.
- Wenn überhaupt gebaut wird, dann fordern wir öffentlich geförderten Sozialwohnungsbau, vorzugsweise öffentlich geförderte Wohnprojekte. Auch dazu werden wir im Viertel unsere eigenen Vorstellungen entwickeln.
- Wir werden selbst entscheiden und gestalten was hier passiert oder gebaut wird - und diese Vorstellungen durchsetzen.

In der Nachbarschaft haben wir in den letzten Jahren mit selbst geplanten und öffentlich geförderten Projekten beste Erfahrungen gemacht - Wohnprojekte, Hafenstraße oder Park Fiction tragen zur Vielfalt des Viertels bei, sind innovative Beispiele dafür, wie Lebensqualität für alle geschaffen werden und eine Stadt nachhaltig interessant bleiben kann. Diese Linie werden wir weiterverfolgen.

ALLE MÜSSEN BLEIBEN KÖNNEN!

Weitere Vorstellungen und alternative Pläne wollen wir hier im Viertel gemeinsam mit den Nachbarinnen und Nachbarn entwickeln. Mehr zu uns und unserer Initiative gibt es im Internet unter www.no-bnq.org. Oder bei unseren regelmäßigen Treffen, jeden zweiten Montag.
(Infos über Zeit und Ort gibt's in der Kogge).



Dreiviertel fürs Viertel

Walzerparade fürs Centro Sociale

Mit dieser Parade bringen wir unseren Widerstand gegen die überhöhten Mieten im Viertel und der ganzen Stadt zum Ausdruck - Die Stadt gehört allen! Zugleich demonstrieren wir für den Erhalt des selbstorganisierten und unkommerziellen Nachbarschaftstreffs "Centro Sociale" in der Sternstrasse 2 und gegen die fortschreitende Privatisierung öffentlicher Räume.

Wo wohnen Sie?

Alle Menschen müssen wohnen, aber für viele wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Insbesondere in den innenstadtnahen Stadtteilen werden die Mieten immer teurer. Pech gehabt, musst du halt in diebezahlbaren Wohnungen am Stadtrand ziehen - so denken viele. Aber wir wollen in der Stadt wohnen und leben. Da der Wohnungsmarkt sich momentan tatsächlich vollkommen marktförmig "selbst reguliert", ist es kein Wunder, dass bei dem bestehenden Wohnungsmangel teilweise wahnwitzig erscheinende Mieten verlangt werden. Mittlerweile gibt es kaum noch Gegenden, bei denen bei Neuvermietungen weniger als 10,- Euro/Quadratmeter Kaltmiete zu zahlen sind.

Das hängt auch damit zusammen, dass in Hamburg kaum noch neue Sozialwohnungen gebaut werden.Wir fordern die Einführung einer Mietobergrenze von 4,- Euro pro Quadratmeter! Wir fordern eine neue soziale Wohnungsbaupolitik!Und sonst? Da nicht nur ein Dach über dem Kopf zu einem schönen Leben gehört, sondern auch die Möglichkeit, sich mit anderen Menschen auszutauschen und gemeinsam Dinge zu erleben, sind öffentliche Räume wichtig. In letzter Zeitwird der Zugang zu solchen öfffentlichen Räumen immer mehr dahingehend reguliert, dass nur noch Leute mit Geld Zugang haben. Öffentlicher Raum wird privatisiert und kommerziell vermarktet. Da Bürobauten sich besser vermarkten und steuerlich absetzen lassen, werden trotz Büroleerstands immer mehr Büros gebaut. Für manche bedeutet dieser Trend eine Aufwertung - für viele andere bedeutet er aber Ausschluss vom öffentlichen Leben.

Hier kommt das genossenschaftlich organisierte Stadtteilzentrum Centro Sociale ins Spiel. Seit Mitte 2008 wächst dieser unkommerzielle Nachbarschaftstreff und Freiraum und ist mittlerweile schon zu einer festen Größe geworden. Im Centro treffen sich Menschen aus der Nachbarschaft und auch von weiter weg, um gemeinsam Fahrräder zu reparieren, zu malen, zu palavern, Musik zu machen, Theater zu spielen oder einfach nur da zu sein. Auch als Ort subkulturellerBetätigung und politischer Organisation ist das Centro unverzichtbar. Dabei soll niemand ausgeschlossen werden und alle Angebote sind grundsätzlich frei von Eintritt - wer kann, soll aber gerne eine kleine Spende entrichten.

Das Centro Sociale ist derzeit akut bedroht, da der Mietvertrag zum Jahresende ausläuft und die Stadt die Räumlichkeiten mit Hilfe der Steg zu einem Wettbewerb ausgeschrieben hat. Neben dem Centro Sociale bewerben sich der Beschäftigungsträger Arinet und die Pferdestall Kultur GmbH (Betreiber mehrerer Clubs und Bars: Haus 73, Ponybar, Festplatz Nord usw.).

Voraussichtlich am 11. September wird der Bezirk über die weitere Nutzung entscheiden - dann tagt die Jury das nächste Mal.Doch nicht nur im Schanzenviertel werden öffentliche Räume privatisiert. Aktuell gibt es Auseinandersetzungen an diversen Punkten (bspw. um das Bernhardt-Nocht-Quartier, das geplante IKEA in der Neuen Grossen Bergstrasse, das Gängeviertel, den Neuen Pferdemarkt, in Wilhelmsburg und bestimmt noch an einigen anderen Orten).

Wir fordern den Erhalt des Centro Sociale in der Sternstrasse 2!Wir fordern den Stopp der Privatisierungspolitik in der ganzen Stadt!

Die Aktionsform

"Das Revolutionäre des Walzers bestand in der ekstatischen Dynamik, welche alle Tänzer ohne Unterschied nach Rang und Stand im Sog der drehend wirbelnden Masse fortriß.

Die Durchsetzung des Walzers als Modetanz an den Höfen Europas demonstrierte die zunehmend brüchiger werdende Machtposition traditioneller Herrschaftsschichten. Im Medium des Tanzes kündigte sich für das Bürgertum und den "vierten Stand" eine gesellschaftliche Entwicklung an, die politisch noch erkämpft werden mußte.

Der Walzer wurde zum Inbegriff der Revolution und das Symbol des bürgerlichen Prinzips der ‚égalité'."

http://www.aeiou.at/aeiou.history.gtour.walzer/revolut.htm

Wir haben uns für die Aktionsform der "Walzerparade" entschieden. Warum?1. Passt das gut zum Motto "3/4 fürs Viertel".2. Sind ‚normale' Demonstrationen in Hamburg meistens dadurch gekennzeichnet, dass sie von einem martialischenPolizeiaufgebot umstellt werden und die Außenwirkung gering bleibt. Hier sehen wir Verwirrungs- und Belebungspotential durch die neue Aktionsform der "Walzerparade". 3.Wollen wir mal was neues ausprobieren. 4.War Walzer zu seiner Zeit ein revolutionärer Tanz.Natürlich haben wir bestimmte Vorstellungen davon, was eine Walzerparade sein könnte. Aber wir freuen uns, wenn möglichst viele Menschen ihre eigenen Vorstellungen einbringen. In jedem Fall bitten wir darum, in "Abendgarderobe" zu erscheinen - was immer ihr euch darunter vorstellt.Außerdem solltet ihr alle ein oranagenes oder ein blaues Accessoire dabei haben (das sind die Farben des Centro Sociale).

Waltz on you crazy people!
Am Donnerstag 10. September 2009 um 18h am Centro Sociale, Sternstrasse 2

Unterstützerinnen: Junge GEW Hamburg, Avanti - Projekt undogmatische Linke, Hoporat:uhh, Regenbogen/Uni HH, Noya Hamburg, Wohnprojekt Ludwigstrasse 8

Centro Sociale

Mach mit!
Organisiere und unterstütze unkommerzielle Angebote für alle!
Mach dich stark für Freiräume!
Beiteilige dich an der langfristigen Durchsetzung des Centro Sociale!
Werde GenossIn!
Werde Fördermitglied!
Werde aktiv und kreativ!

Spenden
Verein Freundinnen und Freunde des Centro Sociale e.V.
Konto 1227 3600
BLZ 201 9000 3 - Hamburger Volksbank

Mail solidarisch@centrosociale.de

Money for nothing!

Wie die Stadt an den Bedürfnissen der Bürgerinnen vorbei handelt

Seit Anfang 2009 verschickt die Stadt Hamburg unbemerkt von den Bewohnerinnen des ehemaligen Sanierungsgebiets Eimsbüttel Süd, heute Rotherbaum, Kostenbescheide an Hausbesitzerinnen, die Geldbeträge in vierstelligem Bereich als sogenannten "Ausgleichsbetrag für Bodenwerterhöhung" des Grundstücks fordern. Damit treibt die Stadt Hamburg zum einen ganz bewusst die Mieten im Stadtteil weiter in die Höhe, denn wer anderes wird diese Rechnung bezahlen als die Mieterinnen!? Zum anderen packt der schwarz-grüne Senat hierbei Spekulantinnen und soziale Projekte in einen Topf.

Wir als selbstverwaltetes Wohnprojekt im Kleinen Schäferkamp 46-a-b fordern alle betroffenen Projekte und Mieterinnen auf, diese Miettreiberei des schwarz-grünen Senats öffentlich zu kritisieren und die Bezahlung zu verweigern. Denn der schwarzgrüne Senat will sich auf Kosten der Bewohnerinnen seine vergurkten, von der Mehrheit der Hamburgerinnen ungeliebten Großprojekte und die Finanzkatastrophe der HSH Nordbank finanzieren lassen.

Kleiner Rückblick

Das Wohnprojekt Kleiner Schäferkamp 46-a-b ist 1989 nach mehreren Besetzungen gegen die Umstrukturierungspläne des Hamburger Senats von den Menschen aus dem Stadtteil durchgesetzt und somit vor dem Abriss bewahrt worden. Die Häuser im Kleinen Schäferkamp 46-a-b wurden anschließend in Eigenleistung und mit Mitteln des Bundes saniert. Heute wohnen knapp dreißig Menschen hier. Des weiteren haben der Buch- und Infoladen Schwarzmarkt sowie der Linke Laden ihre Räumlichkeiten hier im Projekt. Wir verwalten uns selber und stellen ohne Gewinninteresse billigen Wohnraum und Gemeinschaftsräume zur Verfügung.

Bereits 1980 wurde das Gebiet Eimsbüttel Süd (S1), an dessen äußerem Rand unser Wohnprojekt liegt, formell zum Sanierungsgebiet erklärt. Weitere Viertel Hamburgs (St. Georg, Schanze, Karoviertel, Ottensen, St. Pauli, ...) folgten nach. Notwendige Maßnahmen, um Stadtteile zu sanieren, erweisen sich in der Realität häufig als ein Programm, das dazu dienen soll, mehr Geld aus dem Stadtteil zu schlagen - eine Gefahr, die uns als Hausprojekt durchaus vor zwanzig Jahren schon klar war, so versteht sich das Projekt als Teil eines langjährigen Kampfes gegen die soziale Vertreibung und kommerzielle Ausbeutung des Viertels.

Stadtteil-politische Einblicke

Innenstadtnahe Altbauquartiere, wie in Eimsbüttel und der Schanze, haben sich in den letzten Jahren zu städteplanerisch relevanten Standortfaktoren entwickelt. Mit Sanierungsmaßnahmen schafft die Stadt Hamburg dort ein "investitionsfreundliches" Klima. Und die Investitionen folgen: Eigentumswohnungen, teure Mietwohnungen und Gewerbeflächen, Ansiedlung hochpreisiger Gastronomie und Geschäfte. Aus Sicht von Eigentümerinnen ist diese Entwicklung positiv: Höhere Mieten und steigende Immobilienwerte spülen Geld aufs Konto. Die Stadt profitiert durch mehr Steuereinnahmen - und vielleicht auch durch den besseren "Ruf", der weitere Investoren sowie solvente Mieterinnen anzieht. In einem derart aufgewerteten Stadtteil zirkuliert mehr Geld - Beispiel St. Georg: Nach Abschluss der Sanierung stufte die Stadtentwicklungsbehörde das Gebiet zwischen Langer Reihe und Alster Ende 2005 im Mietenspiegel von "normaler" in "gute" Wohnlage hoch. Nur durch diesen Federstrich am Schreibtisch können Vermieterinnen jetzt bei Altmieterinnen noch einmal bis zu 20 Prozent draufschlagen. Damit wird auch deutlich, wer nicht von den Sanierungsmaßnahmen profitieren wird. Zwar ist nichts gegen einen höheren Wohnstandard einzuwenden, die gestiegenen Preise sorgen aber dafür, dass Menschen mit wenig Einkommen daran nicht teilhaben werden, sondern wegziehen müssen. Dieser Prozess ist schon jetzt in der Schanze zu beobachten. So, wie die Sanierungsmaßnahmen angelegt sind, führen sie zu Verdrängung und Vertreibung, und dafür sollen wir auch noch bezahlen!

Durchblicke: Wertsteigerung statt Lebensqualität

Die sogenannte allgemeine Aufwertung führt nicht zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität der Bewohnerinnen, tatsächlich wird diese immer schlechter. Das Viertel mutiert zu einem Shopping-Center mit überteuerten Klamotten und überzogenem Kneipenbetrieb, Läden für den alltäglichen Gebrauch und öffentliche gemeinschaftlich nutzbare Flächen oder Gebäude sind hingegen fast verschwunden. Wie stark die Umstrukturierung ist, zeigt das Verschwinden von gewachsener Einkaufsstruktur: der Supermarkt Real, das Fachgeschäfte 1000 Töpfe oder der Baumarkte EGN werden geschlossen oder sind es bereits. Entweder kann mensch sich die Mieten nicht mehr leisten oder die Grundstücke werden neu bebaut, um mehr Profit abzuwerfen.

Schwindende Freizeit- und Erholungsflächen sind aktuell die Eisbahn in Planten un Blomen, auf der eine kommerzielle Sporterlebnis-Location entstehen soll, und der Schanzenpark, dessen Nutzung durch das Mövenpick Hotel im Wasserturm maßgeb-



lich eingeschränkt wird und durch zunehmende Überwachung und Reglementierung geprägt ist. Der Wasserturm selber ist eine Verschleuderung öffentlichen Eigentums, da eigentlich eine 50%ige öffentliche Nutzung des Turms vereinbart war.

Statt für die verbliebenen Kinder und Jugendlichen fehlende Freizeit- und soziale Angebote zu schaffen, wurde freie Fläche für die Erweiterung des Messegeländes verwendet, was ein erhöhtes Verkehrsaufkommen und dadurch noch mehr Lärm und Unruhe zur Folge hat. Vermeintlich positive Umbauten wie die Verbreiterung der Gehsteige auf der Piazza erhöhen nicht etwa die Bewegungsfreiheit mit Rollstuhl, Gehwagen oder Kinderwagen, sondern dienen der Außengastronomie.

Die Anwohnerinnen sind von überfüllten Gehwegen und touristischem Nachtlärm erschöpft und stehen dem allgemeinen Druck, den die neoliberale Umstrukturierung ihres Lebensumfeldes mit sich bringt, meist wütend und ratlos gegenüber.

Die Millionen Euro, die von der Stadt Hamburg in das Sanierungsgebiet gesteckt wurden, wurden also keineswegs dazu genutzt, das Wohnumfeld der Bewohnerinnen zu verbessern. Stattdessen wurden und werden Naherholungsgebiete und das Gemeinschaftsleben massiv beschnitten und verhindert.

Die Stadt profitiert nicht nur durch steigende Steuereinnahmen im aufgewerteten Viertel. Die Stadt schickt den Eigentümerinnen die Rechnung, meint aber die Bewohnerinnen des Viertels, die diese über die Miete zahlen. Für Investorinnen ist Aufwertung positiv, bedeutet höhere Rendite und weitere Wertsteigerung. Doch damit nicht genug, gleichzeitig weist die Stadt Hamburg Hausbesitzerinnen darauf hin, dass ihre Häuser problemlos aufgestockt werden können - was bedeutet, dass bisher von Mieterinnen benutzte Dachböden verschwinden und noch mehr Eigentumslofts entstehen können.

Bei ihrem Geldeintreiben scheint es der Stadt zudem ziemlich egal zu sein, ob sie bei Spekulantinnen oder sozialen Projekten abkassiert. Diese Art von "Aufwertung" wird von uns nicht gewollt, sondern verurteilt

Wohnt du noch oder gehst du schon?

Kein IKEA in Altona!

Die Befürchtungen verdichten sich: IKEA kommt! Im Sommer 2012 will der Konzern sein neues Einrichtungshaus in Altonas Großer Bergstraße eröffnen, dort wo jahrelang das Frappant-Gebäude leer stand, das in jüngster Zeit von 120 KünstlerInnen genutzt wird.

Die schlechten Nachrichten sind dabei:
Ein achtstöckiger blaugelber Klotz mit 50.000m² Brutto-Geschossfläche soll auf einer Fläche von ca. 10.000m² weit in die Große Bergstraße hineinragend gebaut werden. Diese Filiale wird 10.000 KundInnen am Tag anziehen, am Wochenende bis zu 20.000. Um zum neuen Kaufhaus zu gelangen kann die Kundschaft per S-Bahn kommen. Mindestens 60% der KundInnen werden jedoch ihre Waren mit dem Auto transportieren wollen, dafür plant IKEA lediglich 950 Parkplätze. Während die Ware anliefernden LKWs durch den Lawaetzweg rollen sollen, müssen die mindestens 56.000 PKWS der KundInnen pro Tag durch die Altonaer Poststraße an- und abfahren. Eine starke Zunahme des Verkehrs in den Zufahrtstraßen und den umliegenden Wohngebieten ist nicht nur möglich, sondern garantiert, samt allen Sauswirkungen wie wildes Parken, Lärmbelästigung, Umweltbelastung durch Auto-Abgase und Gefährdung der Kinder in den umliegenden Wohngebieten. Sicher ist auf alle Fälle, dass mit dem Bau zunächst ein Anfahrtsprovisorium gebaut wird, erst drei Jahre später soll eine angemessenen Straßenplanung umgesetzt werden.

Der Verkehrs-Horror wird für uns alteingessenen Menschen aus Altona nach der IKEA-Ansiedlung noch das kleinste Problem werden. Mit einem dermaßen gewaltigen KundInnenstrom werden in der Großen Bergstraße und den umliegenden Gebieten die Kaufhäuser, Modeketten und andere teure Geschäfte aus dem Boden sprießen wie Pilze beim regen. Dies wird eine "Aufwertung" des Viertels beschleunigen, die im gesamten Stadtteil die Mieten explodieren lassen wird. Wer das nicht glaubt, kann einen Blick auf die andere Seite des Altonaer Bahnhofs werfen oder die letzten alteingessenen Ottenser fragen, welche Auswirkungen der Bau des Mercados zur Folge hatte. Im Vergleich zur Entwicklung in Ottensen wird es hier noch schneller gehen. Die IKEA-Ansiedlung gehört nicht in das Zentrum von Altona!

Wir wollen eine andere, durchdachte Stadtentwicklung und -planung. Bezahlbarer Wohnraum für Alle, Orte der Erholung, bezahlbare Einkaufsmöglichkeiten in verschiedenen kleinen Läden. Nachdem IKEA das Frappant-Gebäude gekauft hat, fordern wir, dass die Stadt von ihrem Vorkaufsrecht gebrauch macht.
Die AnwohnerInnen sollen entscheiden, welche Nutzung des Frappant-Gebäudes sie in Zukunft haben wollen. Wir wollen ein Altona erhalten und besser machen wier wir es heute kennen und lieben und vor allen Dingen wollen wir nicht durch eine Aufwertungspolitik, wie sie durch den IKEA-Bau vorangetrieben wird, an den Stadtrand vertrieben werden.

www.keinikeainaltona.de

Diskussionspapier zum

AUTONOM-KONGRESS

In den letzten Monaten gab es einige Vorbereitungstreffen für einen Autonom-Kongress in Hamburg. Stattfinden soll dieser im Rahmen der Feierlichkeiten zur 20jährigen Besetzung der Roten Flora vom 9. bis 11. Oktober 2009.

Wir wollen mit diesem Text den aktuellen Diskussionsstand darstellen und weitere Interessierte gewinnen, die sich organisatorisch oder inhaltlich an der Vorbereitung beteiligen.

Wir wollen was!

Anfang des Jahres wurde von einigen Leuten aus dem Umfeld der Roten Flora für einen autonomen Kongress geworben. Hintergrund war das Gefühl, dass zunehmend unbestimmter ist, auf welcher gemeinsamen Basis wir in Kampagnen zusammenarbeiten und welche Relevanz dies in unserer Alltagspraxis hat. Zwar beziehen sich viele auf ein autonomes Label, doch für was dieses steht bleibt zunehmend offener. Mittlerweile besteht die Vorbereitungsgruppe aus mehreren Gruppenvertreter _innen und Einzelpersonen aus Hamburg und Schleswig-Holstein.

Davor und nun:

Den Ausgangspunkt der Autonomen in der BRD bildete Anfang der 70er die Abgrenzung zu den Strukturen der K-Gruppen. Eine Grundidee war, die unterschiedlichen Gruppen und Einzelpersonen nicht der eigenen Politik oder den Mehrheitsbeschlüssen unterzuordnen, sondern sie aufzufordern, eigene Positionen zu entwickeln artikulieren und auch zu vertreten, um daraus eine Zusammenarbeit entwickeln zu können.

In den 80er Jahren hatte sich dann eine breite autonome Bewegung in den Häuserkämpfen, der Antimilitarismusbewegung, den Antiatom-Protesten u.v.m. herausgebildet. Spätestens Anfang der 90er Jahre, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der DDR, hatte sich diese Bewegung jedoch völlig zerfasert.

Heute sind wir von dem historischen Bezug des Begriffs "autonom" und der damaligen Bedeutung für die politische Auseinandersetzung weit entfernt. Eine übergreifende Perspektive scheint abhanden gekommen. Allein der G8-Gipfel in Heiligendamm hat deutlich gezeigt, dass die radikale Linke in der strategischen Defensive ist. Sie war zwar vor Ort, schaffte es aber weder mit Inhalten noch Aktionen, ihre Akzente zu setzen.

Demgegenüber gelang es dem Bündnis "Block G8?, sich als eine neue Strömung medienwirksam in Szene zu setzen, allerdings auch jegliche radikalen Forderungen für eine Pluralität aufzugeben.

Weil heute eine inhaltliche Auseinandersetzung und Positionierung unter uns und nach außen kaum noch stattfindet, ist der Begriff Autonomie oft nur noch ein Label.

Was wollen wir?

Uns aus dem Vorbereitungskreis bewegt vor allem die Frage, wie wir als radikale Linke wieder mehr politisches Gewicht erlangen können und was ein solches überhaupt ist. Es gibt unter uns unterschiedliche Vorstellungen darüber, was als politische Zielsetzung in Kampagnen und einer Alltagspolitik sinnvoll ist und wie unsere politische Rolle aussehen kann.

Unserem Eindruck nach scheint so manchen in der autonomen Linken (uns inbegriffen) der Blick auf die politischen Realitäten abhanden gekommen zu sein. Wir engagieren uns, wenn etwas uns betrifft, uns zufällig interessiert oder gerade angesagt ist. Erscheinungsbilder treten in den Vordergrund (Beispiel Pop-Antifa), wiederkehrende Politrituale als feststehender Ausdruck linksradikaler Politik lassen uns auf der Stelle treten (1. Mai in Berlin, "Krawalle" mit Lagerfeuer vor der Flora). Wenn in der Gesellschaft unsere Motivationen und Inhalte aber nicht wahrgenommen werden und wir uns selbstgefällig in der Darstellung als "BlackBlock", "gewaltbereite Linke" und "steineschmeißende Randalierer" genügen, dann verkommt unsere politische Aktion zu einer Inszenierung von Widerstandsperformance.

Wir wollen jedoch mehr sein als eine Funktion, die Protest und Widerstand lediglich als Gestus oder im Rahmen der in der Demokratie formulierten Schranken simuliert. Radikalität und unberechenbare Praxis müssen wir uns immer wieder neu erarbeiten - subjektiv und kollektiv.
Dabei lässt sich die Bedeutung der politischen Praxis nicht allein an der Anzahl von Teilnehmer_innen, Höhe des Sachschadens oder Breite des Medienechos messen. Entscheidend ist, ob wir in der Lage sind, unsere Inhalte mitzuteilen und unsere gesellschaftliche Relevanz kritisch zu betrachten und entsprechend auszubauen. Wir können uns technisch noch so anstrengen, wir werden aber nur dann daran beteiligt sein, den "Lauf der Dinge" im Sinne von Herrschaftsfreiheit und Solidarität zu beeinflussen, wenn wir mit unseren Inhalten und Interventionen auch die Herzen und Köpfe vieler Menschen erreichen.

Unsere Absicht ist es, gesamtgesellschaftliche Diskurse mit den Mitteln unserer Wahl zu verschieben, mit dem Ziel, die herrschende Ordnung zu kippen.

Dabei ist uns klar, dass wir alle auch Teil des herrschenden Systems, wie der Geschichte, Kultur, Denkstrukturen, Begriffe und Ideologien, sind. Noch in der Auflehnung gegen die Verhältnisse wird unsere Vorstellung durch sie geprägt. Identität und Bewusstsein definieren sich stets auch über die gängigen Gesellschaftsbilder. Aber wir können diese Strukturen immer wieder kritisch hinterfragen und dieses Hinterfragen zum Bestandteil unserer Vorstellung von Emanzipation machen.

Utopie und Schwerkraft!

Utopie ist für uns die Befreiung von Zwängen. Es geht uns um ein anderes Gesellschafts- und Menschenbild als das bestehende. Es geht immer wieder neu um die Aneignung der Begriffe wie "Herrschaftsfreiheit", "Solidarität", "Eigenverantwortung", "Kollektivität". Der Weg entsteht im Gehen; dabei werden wir auch immer wieder ins Stolpern kommen. Wichtig ist, dass wir überhaupt wagen, Fehler zu machen und die Selbstkritik besitzen den Mangel zu erkennen. Es gibt keine einfachen Antworten auf dem Weg der Revolte. Unsere Theorie, unsere Kritik und unsere Praxis ("private" sowie politische) muss sich an gesellschaftlichen Verhältnissen messen und fortwährend weiterentwickeln. Auch unsere Utopien werden wir ständig ergänzen und überarbeiten müssen.

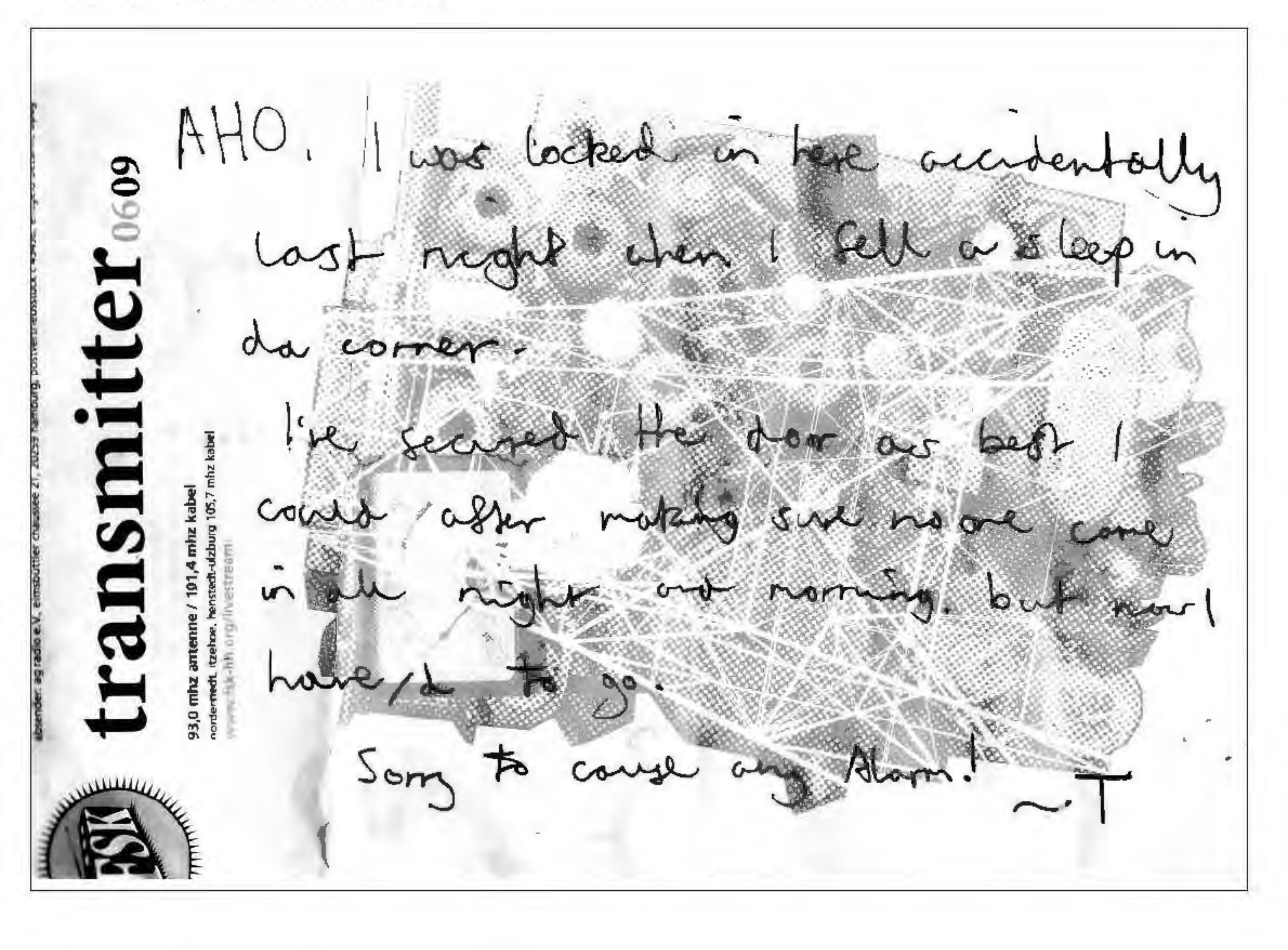
Es liegt an uns, uns Orte anzueignen, in denen wir subversive Leben als Sabotage an den herrschenden Verhältnisse ausprobie-

ren und lernen. Nicht als fertige Modelle, sondern als Ergebnis von kontinuierlichen Auseinandersetzungen im Rahmen der erfahrenen gesellschaftlichen Widersprüche. All das wird uns nicht individuell gelingen, sondern nur kollektiv, indem wir unsere Handlungsspielräume erkennen und in die gesellschaftlichen Prozesse eingreifen, um sie bewusst und kritisch neu zu gestalten.
"Autonomie ist die Bezeichnung für die Entscheidung eines Menschen oder einer Gruppe von Menschen, ihre Geschicke aus einer Verantwortung für das Ganze heraus selbst in die Hand zunehmen." (autonomiekongress 1995, Nachbereitungsreader S.19.) In diesem Sinne laden wir alle ein, die ein Interesse daran haben, sich mit dem Begriff Autonomie und dessen praktische Umsetzung wieder neu auseinander zu setzen: Kommt zum Autonom-Kongress im Oktober nach Hamburg, bringt euch in die Vorbereitung ein, gestaltet die Diskussionen mit! Wir wünschen uns mit euch eine kolllektive Auseinandersetzung bezüglich der Frage nach dem Weg sowie der Entwikklung von Perspektiven und Kommunikationsstrukturen.

Die Struktur des Kongresses
Der Kongress kann in Form von Arbeitsgruppen oder Plenas stattfinden. Darauf müssen wir uns noch gemeinsam verständigen.

VGH - Vorbereitungsgruppe Hamburg

Aus der wundersamen Welt der Flora:


AHO. I was locked in here accidentally last night when I fell a sleep in da corner.
I've secured the door as best I could after making sure no one came in all night and morning. but now I have/a to go.
Sorry to cause any Alarm! ~T

NoBorder Camp Lesbos

No Border Camp Lesbos - ein subjektiver Abriss der Ereignisse

Schade dass im Allgemeinen recht wenig über das NoBorderCamp in der Zeit als es stattfand in Erfahrung zu bringen war. Selbst in den "eigenen" Medien sind kaum Berichte erschienen. In der Regel beschränkte sich die die Berichterstattung auf die unhaltbaren Zustände des Flüchtlingsknastes Pagani, nicht aber auf die generelle, immer repressivere, europäische Flüchtlingspolitik mit Pagani als einem Ausdruck dessen. Ich will versuchen einen kurzen subjektiven Abriss der Geschehnisse zu geben.

Von Pagani zu den Flüchtlingen auf dem Camp

Das Camp startete lang vor seinem offiziellen Beginn. Spätestens nachdem es am 20.8. gelungen war Aufnahmen vom Inneren des Gefängnisses zu organisieren war eine breite Öffentlichkeit aufmerksam geworden. Sowohl in den griechischen als auch in deutschen Medien wurde über die Situation in Pagani berichtet. Dass die Zustände dort unhaltbar sind und jede Sekunde die ein Mensch dort weniger verbringen muss ein kleiner Gewinn ist, steht außer Frage. Insofern waren die ersten Ansätze, nämlich auf die Situation des ironischerweise "Welcome Centers" genannten Gefängnisses Pagani aufmerksam zu machen, richtig und wichtig. Dabei stehen zu bleiben reicht und reichte allerdings nicht.

Am nächsten Tag wurden dann ca. 50 Flüchtlinge, die aus Pagani entlassen wurden, entgegen vorheriger Absprachen auf dem Camp aufgenommen. Ob diese Entscheidung richtig oder falsch war möchte ich hier nicht beurteilen. Schwierig war sie in jedem Fall.

Spätestens ab diesem Zeitpunkt drehten sich zum Teil unsägliche Diskussionen über 2 Tage und viele Stunden im Kreis. Während (stark verkürzt) die eine Position sich darauf bezog sich der Bedürfnisse der Flüchtlinge anzunehmen und gegebenenfalls Aktionen nur in Absprache und in Einbindung der Flüchtlinge zu planen und zu gestalten, wollte die andere Fraktion eher die generelle europäische und im speziellen griechische Flüchtlinspolitik in den Fokus stellen und daran Aktionen orientieren um stärkeren Druck auf die Autoritäten auszuüben.
Auf einen gemeinsamen Nenner konnte wir nicht kommen. Diese beiden Positionen



Knast in Pagani

standen sich so konträr gegenüber das sie jeden Handlungsspielraum lähmten, begleitet, wie nicht anders zu erwarten, von der Militanzdebatten.
Es hätte kein Problem sein müssen wenn sich die einen um die konkreten Bedürfnisse der Flüchtlinge gekümmert hätten und, falls dies gewünscht, Aktionen mit diesen geplant hätte.
Das hätte allerdings auch bedeutet, zunächst einmal die Flüchtlinge zu fragen ob sie dies überhaupt wollten. Mein Eindruck war, dass die meisten von Ihnen zunächst überhaupt nicht greifen konnten was das Camp war, denn eine solche Organisierung (zumindest dem großen Teil der Flüchtlinge) war ihnen fremd. Hätten sich also die einen der konkreten Flüchtlingsarbeit gewidmet, hätte die anderen an anderen Orten ihre Aktionen machen können.
Stattdessen blieben wir müde und geschlaucht von uneffektiven Diskussionen unaktiv in den Seilen hängen.

Nicht selten wurde in den Diskussionen über Aktionsformen und -inhalt auch auf die lokalen Aktivist_innen aus Lesbos verwiesen , deren politische Situation nach dem Camp nicht schlechter sein sollte als zuvor. Diese Aktivist_innen wurde nur zu gerne als homogene Masse mit den gleichen politischen Ansätzen stilisiert, meistens jedoch um damit taktisch mehr Gewicht für die eigene Position zu gewinnen. Die Realität wurde damit jedoch nicht abgebildet, denn die verschiedenen Ansätze zeichnen sich auch unter den örtlichen Aktivist_innen ab. Warum sollte es auch dort anders sein als unter den restlichen Campteilnehmer_innen aus anderen Ländern? Über die heterogene Struktur der griechischen "Linken" wurde im Vorfeld ja bereits viel berichtet.

Nachdem jedoch über das Einladen der Flüchtlinge auf das Camp Tatsachen geschaffen worden waren, wurde sich allgemein mit der Situation arrangiert. Es wurden Zelte ran geschafft, Klamotten gesammelt, die Klos erweitert und die Vokü musste mehr Mäuler stopfen. Allerdings ging mir das "kümmern" dann oft zu weit sodass es eher einem Entmündigung der Flüchtlinge und damit den touch von positiven Rassismus bekam: Wer steht denn morgen früh um 6 auf um die Milch für die Kinder zu kochen? Können noch mal mehr Leute Zelte für die Flüchtlinge aufbauen?

Im Endeffekt haben es die Flüchtlinge perfekt hinbekommen sich um sich selbst zu kümmern, was niemanden wirklich wundern sollte wenn mensch überlegt wie lange sie bereits auf sich selbst gestellt sind. Und viele haben sich aktiv an den zusätzlichen Baumaßnahmen und zum Teil auch an den Plenas beteiligen.

Wir jedoch blieben erstmal schlechthin für zwei Tag in müßigen Diskussionen gefangen ohne überhaupt wieder aktiv zu werden.



Und dann ging doch noch was ...

Am Donnerstag morgen sollte die Präfektur, das örtliche Rathaus still besetzt werden. Die Einschätzung war dass dies relativ einfach möglich sei. Dem war dann allerdings nicht so. Die Cops hatte im Vorfeld davon mitbekommen (was nun auch nicht wirklich verwundert - konspirativ geht anders) und das Gebäude umstellt. Nach etwas ratlosem Zeitvergehen und erneuten Diskussionen wurde gegen Mittag versucht das Gebäude militant zu erstürmen. Das gelang allerdings genauso wenig wie das stille besetzen, war aber meines Erachtens einen Versuch wert.

Als Ansage galt sich nicht in Richtung des innerstädtischen Infopunktes zurückzuziehen in dem ebenfalls 50 Flüchtlinge campierten. Etwas unglücklich war jedoch dass sich daran nicht wirklich gehalten wurde. Wir kennen das übliche Gerenne nach Vorstoß der Bullen ja nicht zuletzt von unseren Demos.

Jedoch griffen die Bullen nach der Aktion auch nicht das Infozelt an , was viele andere im Vorfeld prophezeit hatten. Trotzdem sorgte auch diese Aktion wieder für ordentlich Unmut unter den Campteilnehmer_innen. Und die nächsten Militanzdebatten reichten sich die Hände. GÄHN!

Wäre mir das vorher bewusst gewesen hätte ich mich dagegen ausgesprochen im Infopunkt in der Stadt auch Flüchtlinge aufzunehmen und diese stattdessen aufgefordert aufs Camp zu kommen. Vor allem ist die Situation das Flüchtlinge auf Lesbos stranden alltäglich. Jeden Tag kommen dort viele Flüchtlinge an. Wir konnten den Wenigen lediglich kurzfristig eine nettere Bleibe verschaffen - was auch gut und richtig war. Öffentlichkeitswirksam war es jedoch nicht. Und es war ein Raum der als Schutzraum den Aktionsraum begrenzte.

Im Anschluss wurden dann jedoch am späten Nachmittag schließlich ein Teil der Flüchtlinge die auf dem Camp untergekommen waren mit einer großen Parade verabschiedet. Zusammen ging es mit einer bunten Truppe, Transpis, Luftmatratzen und viel Musik zur Fähre die sich nach Athen aufmachte. Es war schon etwas ergreifend. Mittlerweile hatten sich Beziehungen zu den Flüchtlingen auf dem Camp entwickel und freundschaftliche Bande waren geknüpft worden. Die Verabschiedung auf die Fähre war schwer. Lange gab es noch Interaktionen zwischen den Menschen auf der Fähre und denen die noch auf Lesbos blieben. Schlussendlich blieb ein flaues Gefühl zurück, denn alle Flüchtlinge die das Schiff betraten, hatten das "rosa Papier" aus Pagani erhalten - und damit die de facto Ablehnung ihres Asylantrages.

Am nächsten Tag ging es erneut nach Pagani. Diesmal kamen wir allerdings nicht mehr bis an den Knast ran. Ein Bullenbus stand quer, flankiert von Cops. Einzig übrig gebliebenes Ziel war , nach erneuten langen Diskussionen und geprägt von Misstrauen gegenüber geplante Aktionen, eine Delegation von 15 Menschen in den Knast zu entsenden. Zunächst wurde es nur 5en gewährt, sodass die Delegation nicht aufbrach. Über zähes Ausharren und ordentlich Stimmung konnten dann schließlich doch genug Druck aufgebaut werden um alle zusammen hinein zu entsenden um ihre Forderungen zu überbringen.

Als Abschluss zogen wir gemeinsam als Demozug runter in die Stadt. Die Demo war sehr stimmungsvoll, laut, entschlossen und kraftvoll - flankiert von plakatieren und sprühen während der Demo......so wünsch ich mir das auch oft für hier. Die Demo hat mir wirklich gut gefallen. Unten angekommmen trafen wir auf eine weitere Demo, sodass die Teilnehmer_innenzahl auf geschätzte 700-800 anstieg - manche behaupten es seien 1000 gewesen. Mir ist egal wie viele wir waren, die Stimmung hat gestimmt!

Am Samstag schließlich fand die große Blockade des inneren Hafens statt. Hier lag auch die ganzen Tage die "border police" - das Frontexschiff. Das Schiff war schon Tage zuvor besucht worden und daraufhin von dem öffentlichen kay abgerückte und in seinen abgesperrten Bereich zurück geschipppert. Damit war es von Land aus nicht mehr so leicht zugängig.

Mit jeder Menge Schlauchboote wurde nun das Hafenbecken unter lauten Gejohle von Land und zu Wasser geentert. Die einen widmeten sich der farblichen Gestaltung des Frontextschiffes und der Hafenwände, andere befreiten ein beschlagnahmtes Flüchtlingsschlauchboot aus den Händen der Staatsmacht , wieder andere rollten ein großen Transpi über die Hafeneinfahrt aus und viele andere beteiligten sich an einer Demo die vom Ufer aus die Aktionen lautstark unterstütze. Zumindest an dem Tag gab es wenig Streit untereinander. Auch unter den Bewohner_innen Mitilinis fand die Aktion recht breite Zustimmung. Hier wäre noch zu vermerken dass auch sonst viele Bewohner_innen die Flüchtlinge mit Essen und anderem supportet haben. Die meisten sind weniger gegen die Flüchtlinge als gegen die europäische Flüchtlingspolitik von der sie sich stärker betroffen fühlen als andere Länder - und das nicht zu unrecht.

Alles in allem war ich trotz aller Widrigkeiten froh dort gewesen zu sein. Ich hätte mir allerdings nur zu gerne die ein oder andere Diskussion erspart. Und oft würde ich mir wünschen es gäbe mehr Vertrauen in die geplanten Aktionsformen anderer. Es sind ja schließlich nicht nur hirnlose Idiot_innen unterwegs. Sich durch die verschiedenen Positionierungen in Hinblick auf antirassistische Politik zu lähmen kann jedoch nicht Sinn und Zweck eines gemeinsamen Camps sein.

Politisch sind wir leider nicht sehr weit gekommen, wahrscheinlich ist das in einer solch kurzen Zeitspanne auch einfach nicht möglich. Trotzdem hätte ich mir gewünscht das sich über unterschiedliche Aktionsformen die generelle Unzufriedenheit mit der europäischen Flüchtlingspolitik mehr gezeigt hätte.

Einzig und allein in Pagani hat sich etwas bewegt - und das vielleicht auch durch das Camp. Hoffen wir dass dieser Knast bald geschlossen wird, aber vergessen wir nicht das ein neuer Knast vielleicht die Zustände für die Flüchtlinge verbessert nicht aber den Umstand dass sie Gefangene sind.

PAGANI - DACHBESETZUNG

Aktionen gehen weiter

Obwohl viele AktivistInnen bereits abreisen, gehen die Aktionen des NoBorder-Camps auf Lesbos zur Schliessung des Lagers in Pagani weiter.

Heute morgen (31.08.) haben 10 NoBorder Aktivist_innen aus Österreich, Schweden, Spanien, Frankreich, Tschechien, Portugal, den Niederlanden und Deutschland das Dach von Pagani besetzt.
Mit dieser Aktion soll weiterhin, auch nach Ende des Camps, Druck auf die zuständigen Behörden ausgeübt werden, das Lager zu schliessen.

Das Statement der Besetzer_innen:

Während des NoBorder Camps wurden wir Zeug_innen der brutalen Auswirkungen des europäischen Grenzregimes hier auf Lesbos.
Ein Schiff der europäischen "Grenzschutzagentur" Frontex jagt die Boote der Flüchtlinge. Die dreckige Arbeit wird dann von der griechischen Küstenwache und der Marine übernommen. Der Mensch zählt dabei nicht.
Die Menschen, denen es trotzdem gelingt Lesbos zu erreichen, werden hier sofort in das Gefängnis Pagani eingesperrt.
Pagani: mehr als überfüllt, erinnert es mehr an Gefängnisse in Lybien oder Marocko.

Wir sind empört über die Mißachtung griechischer und internationaler Gesetze.
Wir fordern die Schließung von Pagani, Papiere für Alle, die Abschaffung von Frontex und dem Dublin-II Abkommen!!



No Boders - No Nations Stop Deportations!!!

Zur Zeit (04.09.)befinden sich weiterhin minderjährige Flüchtlinge im Hungerstreik. Auch soll das Lager am Flughafen, welches während des NoBorder-Camps als "Willkommens-Center" eingesetzt wurde, morgen wieder geschlossen werden.

Die Behörden machen also weiter wie gehabt ...

Währenddessen hat das Frontex-Boot sich aus dem Staub gemacht und Platz für ein Militärboot geschaffen.

Mehr Infos unter:
http://lesvos09.antira.info/





"*Hört auf zu heulen, es hat gerade erst angefangen..."

Irrungen und Wirrungen der Solidaritätsarbeit mit Gefangenen und Angeklagten*

Mit unserem Text wollen wir Fragen und Diskussionen provozieren, vor allem bei sich organisierenden Zusammenhängen und Gruppen, die zu sozialen Unruhen aufrufen und Gruppen, die Solidaritätsarbeit mit und für Gefangene und Angeklagte machen.

In den letzten Jahren gibt es eine verstärkte Diskussion um Repression.

Scheinbar immer neue Stufen der Eskalation werden erkannt und beschrieben. Wir denken, dass wir es nicht mit einer neuen, höheren Stufe der Repression zu tun haben. Verändert und erweitert haben sich die Mittel der Repressionsorgane, auch auf Grund der verbesserten technischen Möglichkeiten (zum Beispiel: DNA-Analysen, Digitalisierung der Telefontechnik und damit leichtere Überwachung dieser). Paragrafen wurden den veränderten Bedingungen angepasst (auch international) und neue Feindbilder geschaffen. Insgesamt gab es aber unserer Meinung nach in Deutschland nach 1968 Zeiten, in denen die Repressionsorgane viel stärker agiert haben als heute.

Wir gehen von dem Grundsatz aus, dass wenn es Widerstand und Revolten gibt, der Staat mit all seinen Instrumenten darauf reagieren wird. Und es kann nicht sein, dass wir heulen, wenn der Staat unsere Statements ernst nimmt und sicherlich oft viel ernster als die meisten Akteur_innen, die sie formulieren. Widerstand und Revolution ist kein Spielplatz, auf dem wir unsere Energien ausleben können und uns dann wundern wenn es weh tut. Wenn mit Parolen und Praxen kokettiert wird, wenn wir uns nicht darüber im Klaren sind, dass der Staat auf militante Demonstrationen, auf klandestine Organisierung mit einem Gegenangriff reagiert, dann sollten wir diese Praxen sein lassen. Anders ausgedrückt:
Wenn "wir" angreifen, mit welchen Mitteln und Formen auch immer, wird der Staat zurückschlagen. Dies ist kein Zufall sondern, so banal es klingen mag, Normalität.

Wenn Menschen innerhalb unserer Kämpfe verhaftet werden und in den Knast kommmen, wenn sie mit Verfahren überzogen werden, dann muss die Bewegung solidarisch reagieren. Eine Bewegung, die sich nicht um "ihre" Gefangenen kümmert und nicht solidarisch handelt ist politisch "tot".

Gruppen organisieren Demos, zum Beispiel das 1. Mai Bündnis. Die Mobilisierung über Plakate und andere Medien "verspricht" Riots und zielt auf soziale Unruhen. Für uns gehört in diesem Moment auch dazu, vorher über Repression aufzuklären, nicht um abzuschrecken, sondern um selbstbewusst handeln zu können. Kommt es dann zu Ansätzen der propagierten Unruhen, in deren Folge Leute einfahren oder mit Verfahren überzogen werden, halten sich dieselben Gruppen zurück oder verhalten sich im schlimmsten Fall überhaupt nicht.

Uns stört dieses unsolidarische Verhalten auch bei einigen Antifa-Gruppen, die mit radikalen Plakaten zu Gegenaktivitäten zum nächsten Nazi-Aufmarsch aufrufen, und dann die Schnauze halten, wenn es hart auf hart kommt; Genoss_innen dafür einfahren. Hier sehen wir einen Widerspruch, denn zu radikaler Selbstdarstellung und miltantem Agieren gehört auch ein offensives Verhalten, wenn es zu Repression kommt.

Solidarität ist eine Stärke, aber nicht jede Solidarität macht wirklich stark.

Politische Solidarität heißt kämpferische Solidarität

Ein Ziel von Repression ist es auch immer, abzuschrecken. Menschen zu zeigen: "Schau her, dein/e Genoss(e)/in sitzt für dies und jenes, du könntest der/die Nächste sein". Wenn wir uns darauf einlassen, uns also ruhig verhalten, spielen wir dem Staat in die Hände. Was schadet und was nützt den Gefangenen? In der konkreten Arbeit ist das sicherlich oft nicht so einfach zu praktizieren. Aber im Grundsatz gehen wir davon aus, dass es nicht allein um die/den konkreten Gefangenen geht, sondern dass in jeder Inhaftierung von Seiten der Repressionsorgane immer auch der Faktor der Abschreckung und Prävention eine große Rolle spielt. In jedem Artikel in den bürgerlichen Medien können wir nach dem 1. Mai lesen, dass jetzt endlich richtig zurück geschlagen, dass abgeschreckt werden muss. Deshalb meint für uns kämpferische Solidarität, eine in der deutlich wird, welche emanzipatorischen Kämpfe wir führen und welche Ziele wir damit verfolgen.

In einer Solidaritätskampagne muss es primär um die Fragen unseres Kampfes gehen, warum intervenieren wir an diesen Punkten und worin besteht die Notwendigkeit dieser Kämpfe? Es muss doch immer darum gehen, die kriminalisierten Themen aufzugreifen. Diese Kämpfe fortzuführen. Der Staat greift diese an, weil sie stören. Was gibt es besseres, als diese zu stärken und zu verbreitern?

Solidarität besteht aus zwei Faktoren: Einmal die ganz konkrete zu den Gefangenen, nämlich in der Organisierung von Geld, Büchern, Klamotten und ähnlichem. Das ist sicherlich die undankbarste Aufgabe und, wie die Soligruppe zu Christian S. schreibt, der Part, bei dem am wenigsten Blumen zu gewinnen sind.

Der zweite Part ist die kämpferische Solidarität. Diese scheint schädlich zu sein, wenn mensch einigen Anwält_innen, Angehörigen und Genoss_innen Glauben schenkt. Diese Einschätzung geht von der Hoffnung aus, wenn mensch nach einer Verhaftung den Kopf in den Sand steckt (sich nicht politisch äußert, keine Knastkundgebung will), dann kann mensch nicht soviel passieren. Eine Haltung, die sich auch nach der konkreten Inhaftierung fortsetzt, in der Art wie die Prozesse geführt werden: Mit Einlassungen, Aussagen, Reue, dass es eben alles nicht so gemeint war. Leider werden Prozesse mittlerweile in den seltensten Fällen auf politische Weise geführt, d.h. auf offensive Art, sei es mit Erklärungen oder bewusstem Schweigen, unsere nachhaltige Ablehnung diesem System gegenüber auszudrücken. Also: Die Verteidigung unserer Ideen auf allen Ebenen und in jedem Terrain, in dem wir uns bewegen.

Unschuldskampagnen und Verteidigungsstrategien

Wir denken, dass die Frage nach Schuld oder Unschuld in unseren Kreisen nichts zu suchen hat. Bei allen Diskussionen zu Solidaritätsarbeit für Gefangene wird sie dennoch immer fix gestellt. Folgen wir damit nicht einer Rechtsstaatslogik, die wir eigentlich ablehnen?
Der Schwerpunkt sollte doch darauf gelegt werden, in welchem Kontext Leute einfahren, was sie wollen und wofür sie sich einsetzen.

Als Matti in Berlin auf Grund der Aussagen von Faschos verhaftet worden ist, ging die Kampagne hauptsächlich um die Unschuld von Matti *(http:/ www.freiheitfuermatti. com/)*. Was wäre aber, wenn Matti im Sinne des Gesetzes schuldig gewesen wäre? Was machen wir mit der Notwendigkeit des Angriffs auf faschistische Strukturen und jemand von uns wird dabei verhaftet, und wir haben keinen Spielraum für die Frage von Schuld oder Unschuld? Wer hat die Definitionshoheit über die Frage von Schuld? Wie soll eine Kampagne zu "Schuldigen" funktionieren oder wenn die Gefangenen sich nicht in diese Kategorien pressen lassen wollen? Sind sie dann Märtyrer? Oder wie sieht es aus? Warum werden aus kämpfenden Subjekten Opfer gemacht? Warum gab es bei Matti nicht eine offensive Kampagne dafür faschistische Strukturen mit allen Mitteln zu zerschlagen? Warum wird die Notwendigkeit verschwiegen?

Ein anderes Beispiel der letzten Zeit ist die Unschuldskampagne für Andrej Holm vs. "die drei Schuldigen". In dem noch laufenden MG-Verfahren wurden zunächst sieben Aktivisten beschuldigt, für Andrej Holm wurde mit Hilfe seiner Universitätslaufbahn und Anstellung an der Uni eine Unschulds-Kampagne de Luxe geführt. Prominente und Wissenschaftler_innen in der ganzen Welt forderten bemühten sich seine Unschuld medienwirksam zu beteuern. Ein positives Beispiel für eine offensive Solidaritäts-Kampagne ist hingegen die Kampagne für die drei anderen Beschuldigten im MG-Verfahren. Sie sollen beim Brandsätze legen unter Bundeswehrautos erwischt worden sein. Parallel zu ihren Prozess führten verschiedene Solidaritätsgruppen und Zusammenhängen eine offensive Kampagne für die weitere Sabotage und Zerstörung militärischer Infrastruktur durch (http:/-/einstellung.so36.net/).

2002 gab es einiges Entsetzen bzgl. der Verfahren gegen die Revolutionären Zellen. Auf eine offensive Verteidigung der Politik der RZ wurde im Prozess verzichtet. Von fünf Personen, die als Mitglieder der RZ beschuldigt wurden machten drei Einlassungen mit einem begrenzten Schuldeingeständnis, um mit einem blauen Auge wegzukommen. Einen Gegenpol bildeten einzig einige sehr gut besuchte Veranstaltungen zu Geschichte und Kämpfen der RZ. 2009 ein weiteres Trauerspiel: Thomas Kram bekam zwei Jahre Freiheitsstrafe auf Bewährung wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Verteidigung, Gericht und Bundesanwaltschaft hatten in einem Deal zuvor ausgehandelt, dass wenn er in einer Einlassung zu gibt Mitglied der RZ gewesen zu sein und gewisse Aufgaben übernommmen zu haben, der Vorwurf der Rädelsführerschaftfallengelassen wird, für die das Gesetz immer Knast vorschreibt.
(http://www.freilassung.de/prozess/thomas.htm)

Wie kann es sein, dass Menschen militante Politik machen, Knast riskieren und dann 18 Jahre später so einknicken vorm Staat? Anna und Arthur gehen mal kurz einen anderen Weg - den individuell egoistischen?

Glücklicherweise können wir auch hier ein positives und offensives Gegenbeispiel nennen.

Seit Februar 2009 droht Sonja S. (76) und Christian G. (67) von den französischen Behörden an die Bundesrepublik ausgeliefert zu werden. Beide wurden seit 1978 als Mitglieder der RZ gesucht. Im Gegensatz zu den oben genannten RZ-Angeklagten lehnen beide einen Deal ab. Für sie wird es vermutlich nicht so glimpflich ablaufen. Fehlende Reue und mangelnde Kooperationsbereitschaft müssen vom Staat bestraft werden, weil es sonst keine Deals bzw. keine Abschreckung mehr gäbe.

Es könnte im Interesse und der Verantwortung der Antira- und Anti-AKW-Bewegung und so oder so der gesamten Bewegung liegen, sich angesichts der Anklagepunkte einzumischen
(http://www.akweb.de/ak_s/ak538/26.htm.)

An diesem Punkt stellt uns die Zusammenarbeit mit Rechtsanwält_innen immer wieder vor Probleme: Deren Interesse für ihre Mandant_innen (geringere Haftzeit, geringere Bestrafung) steht oft im Widerspruch zur politischen Identität der Beschuldigten. Ein schlauer Deal mit dem Gericht erspart manche Strafe; aber welchen Preis muss mensch dafür zahlen? Das muss nicht "böse" gemeint sein, es entspricht eben ihrer zugewiesenen Rolle im Justizapparat.

Das Argument, das sagt, wenn ich mich im Prozess oder im Knast offensiv verhalte, dann sitze ich länger und deswegen tue ich nichts auf dieser Ebene, weil ich draußen mehr machen kann und dies kein Feld der Auseinandersetzung sein kann -- ist die zentrale vermeintliche Antwort auf dieses Problem. Die Parole lautet: Bälle flach und Füße still halten, eine nicht selten vertretene Haltung von Rechtsanwält_innen.
Dies bedient die Hoffnung, durch "saubeeres" und "harmloses" Auftreten mit dem berühmten blauen Auge davonzukommen. Sich für Freigang und eine Haftentlassung nach 2/3 der Freiheitsstrafe einzusetzen, wie es die Christian S. Soligruppe tut (http://prozess.blogsport.de/) ist menschlich verständlich, es ist aber keine kämpferische Haltung, die verdeutlicht, worum es in unseren Kämpfen geht.

Wir denken, dies ist zu kurz gedacht. Okay, ich komme raus auf drei, vier, fünf Jahre Bewährung und muss mich dann an bestimmmte vom Staat vorgegebene Regeln halten, sonst gibt es den Bewährungswiderruf, und ich gehe zurück in den Knast. Ich stelle Anträge auf Freigang, weil es beschissen ist im Knast und so wenige andere gefangene Menschen kämpfen, ich bin allein und kann draußen viel mehr machen. Stimmt das? Machen wir mehr, wenn wir die ganze Zeit den Hammer eines Bewährungswiderrufs über uns haben? Kann es für das eigene Rückgrat gesünder sein, auf vorzeitige Haftentlassung zu verzichten? Ist wirklich alles besser als Knast? Knast ist ein Kampfgebiet, der Prozesssaal ist ein Kampfgebiet, wie die entfremdete Arbeit, wie der tote sinnentleerte Alltag, den uns dieses System bietet.

Wir wünschen uns an dieser Stelle eine Diskussion um die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten und Solidarität, die es im Knast, außerhalb des Knastes und vor Gericht geben kann. Wir denken, dass es eine Auseinandersetzung geben muss um die Bedingungen, die uns im Knast gesetzt werden, dass wir alle dafür verantwortlich sind, dass diese Diskussion stattfindet, möglichst vor der Situation des Einfahrens.

Es geht uns um eine Debatte, wie unsere Solidarität tatsächlich kämpferisch wird. Es geht uns um eine Kritik an Solidaritätsarbeit, die verschweigt, wofür wir kämpfen.

gruppe sdb für
solidarischen diskussionsbedarf

Zur Situation in München

Ein Beitrag autonomer Antifas aus München

Als im Frühjahr 1919 deutsch-nationale Freikorps die Münchner Räterepublik gewaltsam niederschlugen und dabei hunderte Aktivist_innen ermordeten, bedeutete dies einen tiefen Einschnitt in der bayerischen und Münchner Geschichte: Bayern wurde vom bürgerlich-liberalen Musterland des 19. Jahrhunderts zur von Militärs autoritär regierten, sog. "Ordnungszelle" umgestaltet und München von der Stadt der Künstler_innen und der Bohème zu einer Hochburg der extremen Rechten. Bereits im November 1923 unternahm die noch junge NSDAP unter Adolf Hitler einen Putschversuch, der München 10 Jahre später zur sog. "Hauptstadt der Bewegung" machen sollte. In Dachau, vor den Toren der Stadt, wurde bereits im März 1933 das erste Konzentrationslager im Nationalsozialismus eingerichtet, in München wurde reichsweit die erste Synagoge zerstört und hier hatte im November 1938 auch die Reichspogromnacht ihren Ausgangspunkt.

Nach Ende des zweiten Weltkrieges übernahm Bayern - wenn auch in einem anderen Kontext - wieder die deutschlandweite Vorreiterrolle in puncto Reaktion. Der traditionelle bayerische Regionalismus sicherte der katholisch-konservativen CSU über Jahrzehnte die absolute Mehrheit im Landtag, was sich bis heute in allen Bereichen öffentlichen Lebens niederschlägt. So begreift sich Bayern bis heute als "Marktführer im Bereich innere Sicherheit" (CSU-Innenminister Herrmann). Dieses Selbstverständnis zeigt sich u.a. in einer extrem rassistischen Abschiebepolitik (Rassistische Kontrollen, Lagerzwang für Flüchtlinge, etc.) und in quasi-polizeistaatlichen Verhältnissen. Wer einmal eine linke Demo in Bayern besucht hat, weiß, was gemeint ist: Kameras und Zivilpolizei sind allgegenwärtig, die Polizeiaufgebote sind stets martialisch und stehen in keiner Relation zur Handlungsfähigkeit linker/linksradikaler Strukturen in Bayern. Zudem steht den Verantwortlichen mit dem USK (Unterstützungskommando, bundesweit erste BFE-Einheit) die bestausgebildete und wohl auch brutalste Polizeieinheit Deutschlands zur Verfügung. Der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklung in den letzten Jahren stellt wohl der Versuch der CSU-Regierung dar, mit einem neuen Versammlungsgesetz Demonstrationen pauschal unter den Generalverdacht der Subversion zu stellen und u.a. per "Militanzverbot", totaler Videoüberwachung usw. jegliche systemkritische Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit zu unterdrücken. Diese Gesetz wurde, nach breiten Protesten und nie gekannten Verlusten der CSU bei der Landtagswahl 2008, erst vom Bundesverfassungsgericht gekippt.

Mensch sollte jedoch nicht den Fehler begehen, Bayern mit München gleichzusetzen: Aufgrund ihres Charakters einer Großstadt herrscht hier ein etwas anderes gesellschaftliches Klima als in der bayerischen Provinz, wo sich der Alltag von Jugendlichen - sehr überspitzt gesagt - zwischen Junger Union, bayerischen Jungbauernbund und freiwilliger Feuerwehr abspielt. Die Landeshauptstadt ist seit Jahrzehnten SPD-regiert und die politisch Verantwortlichen schwingen von Zeit zu Zeit schon mal medienwirksame Sonntagsreden bspw. gegen Nazis, den Irak-Krieg oder Homophobie. Dennoch sind bedeutsame Unterschiede zu vergleichbaren Städten in Deutschland festzustellen: Die bürgerliche Presse weigert sich oftmals - trotz intensiver Pressearbeit - seit Jahren, über linke/autonome Aktivitäten in München zu berichten. Die staatlichen Stellen achten penibel darauf, dass in München nur nichts anbrennt und legen großen Wert auf die Bezeichnung "sicherste Großstadt Deutschlands".
So sagte der Münchner Polizeipräsident Schmidbauer in Bezug auf die Großeinsätze der Polizei bei (insbesondere linken) Demos: "Die im Versammlungswesen notwendigen polizeilichen Einsatzmaßnahmen sind ausgesprochen personalintensiv. Aber sie können guten Gewissens nicht reduziert werden. Zustände, wie sie in anderen Millionenstädten schon fast als Normalität erscheinen, werden und dürfen wir in München nicht zulassen!"

Dennoch gibt es in München eine relativ kleine, aber durchaus vielfältige linke Szene, die in den letzten Jahren einen spürbaren Aufwärtstrend durchlebt hat. Dafür sprechen u.a. auch die Statistiken und Äußerungen von Polizei und Verfassungsschutz bezüglich "politisch motivierter Kriminalität" und Personenpotential der radikalen Linken in München. Es gibt verschiedene aktive Gruppen mit den Themenschwerpunkten Antifaschismus, Antimilitarismus, Antirassismus, Antisexismus sowie im Schüler_innen-, Jugend- und Kulturbereich. Untypischerweise gibt es jedoch so gut wie keine linksradikale Uni-/Student_innenpolitik. Ein elementarer Bestandteil autonomer Politik in München ist das seit 1991 bestehende selbstverwaltete Zentrum Kafe Marat, das so ziemlich der einzige Ort in der Stadt ist, der sich als "Freiraum" bezeichnen lässt. Seit letztem Jahr gibt es dort auch wieder einen Infoladen für München.

Ein bundesweit bekanntes Polit-Ereignis in München sind die seit 2002 jährlich stattfindenden Proteste gegen die sog. "Sicherheitskonferenz" (Siko) im Februar. Sie werden von einen breiten Spektrum getragen, das von bürgerlichen Gruppen bis hin zu autonomen Zusammenhängen reicht. Inhaltlich gibt es teilweise starke Unterschiede zwischen den beteiligten Zusammenhängen, ein solidarischer Minimalkonsens war in der Vergangenheit jedoch stets vorhanden. Die Proteste gegen die SiKo haben über Jahre hinweg dazu beigetragen, viele vor allem junge Menschen zu politisieren und an linke Strukturen heranzuführen sowie existierende Gruppen auch überregional zu vernetzen. Als radikale Linke geht es uns bei den Protesten gegen die Siko darum, sie als ein Symbol für die gesamtgesellschaftlichen Strukturen von Kapitalismus und Militarismus anzugreifen und in einen weiteren Kontext emanzipatorischer Kämpfe zu setzen. Der autonome, internationalistische Block ist seit Anbeginn ein fester Bestandteil der großen Bündnisdemos. Die Notwendigkeit zu einer guten Organisierung des Blocks ist nicht zuletzt auch durch die tausenden Bullen, die jedes Jahr präsent sind, gegeben. Trotzdem konnten wir uns in dem Block oftmals gegen massive Bullenangriffe verteidigen oder etwa Seitentranspis, etc. durchsetzen und so z.T. eigenen Handlungsspielraum erkämpfen. Dieses Jahr liefen weite Teile des Blocks vermummt und die Bullen waren zurückhaltend wie nie zuvor. Es ist außerdem als Erfolg zu sehen, dass das durch die vielfältigen Gegenaktionen die Sicherheitskonferenz mittlerweile von einem beachtlichen Teil der Münchner Öffentlichkeit kritisch gesehen wird.

Autonome Antifapolitik ist in den letzten Jahren für die Münchner Linke immer wichtiger geworden. In den letzten Jahren sind sowohl lokale als auch regionale Vernet-

zungen mit anderen Antifaschist_innen entstanden, die z.T. seit Jahren kontinuierlich arbeiten. Die Münchner Naziszene ist dadurch gekennzeichnet, dass sie immer wieder starken personellen und inhaltlichen Veränderungen unterliegt und in sich sehr widersprüchlich ist. Feindschaften können in kürzester Zeit auch mal in beste Zusammenarbeit umschlagen oder umgekehrt. Dennoch konnten die Nazis dank der Münchner Polizei immer mehr Aktivitäten entfalten: Effektives Stören oder gar Verhindern von Nazikundgebungen oder -aufmärschen ist in den letzten Jahren immmer schwieriger geworden, da mittlerweile immer wahnwitzigere Polizeiaufgebote dafür sorgen, dass die Nazis ungestört ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten können. Auch hat das "offizielle", bürgerliche Spektrum in letzter Zeit scheinbar das Interesse daran verloren, gegen Nazis aktiv zu werden. Statt dessen werden Antifaschist_innen z.T. Massenhaft festgenommmen, systematisch kriminalisiert und mit Verfahren überzogen.

Die Repression, der die Aktivist_innen ausgeliefert sind, bestätigt z.T. durchaus gängige Klischeevorstellungen von Bayern. Für absolut lächerliche Vorwürfe werden insbesondere bei jungen Aktivist_innen aberwitzige Strafbefehle und Urteile verhängt. Das bis dato heftigste Urteil in jüngerer Zeit wurde gegen drei 17-19-jährige verhängt, die 2007 in München ein Haus besetzt hatten. Da das Gericht die bei der Räumung erfolgten Steinwürfe auf Bullen als "versuchten Totschlag" wertete, wurden alle drei zu je fünf Jahren Knast verurteilt - wohlgemerkt nach Jugendstrafrecht.

Doch dass in Bayern gar nichts geht, weil die Repression hier sowieso alle Möglichkeiten zur Entfaltung linker Aktionsformen unterdrückt, stimmt so auch nicht. Letzten Herbst gab es z.B. - zur merklichen Überrraschung der Münchner Polizei - breite Proteste, Störungen und einen Haufen guter Aktionen gegen einen "Gebetsmarsch" so genannter "Lebensschützer" - fundamentalistische Abtreibungsgegner_innen, die von Christ_innen der verschieden Konfessionen bis hin zu waschechten Nazis reichen. Außerdem sei an dieser Stelle bspw. an die gut organisierten Blöcke gegen die Siko, einige kämpferische autonome Demos oder die Proteste gegen mehrere Nazi-Aufmärsche in den letzten Jahren erinnert - insbesondere bei dem gegen das Kafe Marat am 13.06.08 hat es für Münchner Verhältnisse heftig gekracht. Immer wieder ist zudem von gelungenen Nacht-und-Nebel-Aktion zu hören.

Wer also der München einen Besuch abstatten möchte, sollte die folgenden Termine nicht verpassen: Für den 10. Oktober planen "Lebensschützer" wieder einen Gebetsmarsch gegen das Recht auf Abtreibung in München.

Dagegen wird es auch dieses Jahr eine antisexistische Demo für das Recht auf Selbstbestimmung geben, mit der an die guten Aktionen des letzten Jahres angeknüpft werden soll. Am 14. November wird es außerdem einen Antifa-Actionday anlässlich eines von den Nazis geplanten, geschichtsrevisionistischen "Heldengedenkens" zum sog. "Volkstrauertag" geben. Mit Aktionen im Vorfeld, einem möglichst breiten Bündnis sowie einer kraftvollen Antifademo wollen wir nicht nur den Nazis den Tag versauen, sondern auch unsere Kritik am Militarismus und der kapitalistischen Gesellschaft zum Ausdruck bringen. Und im Februar steht natürlich wieder die Sicherheitskonferenz an.

Hier noch ein paar interessante Internetseiten:

www.antifa-nt.de (Autonome Antifa)
www.aida-archiv.de (Antifaschistisches Archiv)
kafemarat.blogsport.de (Autonomes Zentrum)
asab-m.blogsport.de (Antisexistische Gruppe)
www.no-nato.de (Antimilitaristische Infoseite)
carava.net (Antira-Gruppe)
www.luzi-m.org (linkes Infoportal)

Antifa Actionday am 14. November!

Gegen Naziaufmarsch, Militär und kapitalistischen Normalbetrieb!

Am Samstag, dem 14.11.09, wird in München ein Antifa Actionday stattfinden. Anlass dazu ist der für den gleichen Tag geplante Naziaufmarsch. Wir wollen mit dem Antifa Actionday ein klares antifaschistisches Zeichen gegen Faschismus, Geschichtsrevisionismus und Militarismus setzten und für die Perspektive einer befreiten Gesellschaft kämpfen.

Nach dem Naziaufmarsch im letzten Jahr, der durch ein massives Polizeiaufgebot möglich gemacht wurde, ist dies der zweite Versuch von Münchner Nazis, einen Aufmarsch anlässlich des so genannten "Volkstrauertags" zu veranstalten. Nazis aus dem Spektrum der "Freien Nationalisten" und der NPD rufen zu diesem so genannten "Heldengedenken" auf. Bei dieser Veranstaltung geht es darum, Wehrmachts- und SS-Soldat_innen als "Helden" zu verklären, ihre millionenfachen Verbrechen zu relativieren und damit den Nationalsozialismus offen zu verherrlichen.
Geschichtsrevisionismus ist in den letzten Jahren zu einem äußerst attraktiven Betätigungsfeld für die extreme Rechte geworden. Ganz offen wird hierbei auf nationalsozialistische Begriffe wie das "Heldengedenken" zurückgegriffen. Durch die Umdeutung von Akteur_innen, Orten und Begriffen soll der historische Nationalsozialismus als Ganzes rein gewaschen werden. So versuchen Nazis eine extrem patriarchale, rassistische, antisemitische und ausbeuterische Gesellschaftsordnung auch für die Gegenwart wieder denkbar zu machen. Verhindern wir jegliche Form der Verherrlichung des Nationalsozialismus und der Verdrehung der Geschichte!

Eine konsequent antifaschistische Politik muss die sexistischen, rassistischen, militaristischen, nationalistischen und kapitalistischen Verhältnisse in ihre Kritik mit einbeziehen, die den extrem rechten Ideologien und Organisationen als Nährboden und Anknüpfungspunkte dienen. Das Nazis nicht getrennt von dem gesamtgesellschaftlichen Kontext der bürgerlichen Gesellschaft betrachtet werden können, wird bei jedem Naziaufmarsch ganz konkret sichtbar: Es sind die Großaufgebebote der Polizei, die permanent irgendwo in diesem Land öffentliche Auftritte von Nazis erst möglich machen und antifaschistischen Widerstand kriminalisieren.
Deshalb wollen wir am Antifa Actionday u.a. mit einer Demonstration gegen die Nazis und gegen den sexistischen, rassistischen, kapitalistischen Normalzustand, sowie gegen jegliche Form der Soldat_innenverherrlichung und des Militarismus vorgehen.

Vermiesen wir gemeinsam den Nazis diesen Tag!
Für eine klassenlose Gesellschaft!

Aktuelle Infos findet ihr unter: www.antifa-nt.de

Plön 10./11. September: Ideologieproduktion stören!!!

Das GES 2009 - Elitentreffen für eine Globale Ökonomie von Oben



Dieses Jahr findet das zweite Global Economic Symposium(GES) im Plöner Schloss des Augenoptiker-Unternehmens Fielmann statt. Das Land Schleswig Holstein und das Kieler Institut für Weltwirtschaft - eine der wichtigsten wirtschaftsliberalen Think Tank Institutionen der BRD - verkünden voller Stolz, den Gipfel mit "weltweit führende[n] Köpfe[n] aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik" ausrichten zu können. So genannte Partner sind dabei zum einen institutionelle Einrichtungen wie etwa die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), die Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaft (ZBW) oder der WiSo Fachbereich der Kieler Uni; zum anderen aber natürlich auch ‚Global Player' wie Porsche, BASF, Deutsche Post AG, The Royal Bank of Scotland Group (RBS), oder Gastgeber Fielmann. Es handelt sich gemäß der Eigendarstellung des GES also um ein Forum für "politische Entscheidungsträger und wirtschaftliche Leistungsträger".

Die Initiative zum GES ging vom G8 Gipfel 2007 in Heiligendamm aus. Auslöser war das mediale Spektaktel um linke ‚Chaoten und Terroristen', das Bundesanwaltschaft und Innenministerium mit einer bundesweiten Razzia in linken Zentren (u.a. auch der Roten Flora) und Wohngemeinschaften losgetreten hatten. Fielmann bot kurzerhand, die Aufmerksamkeit ausnutzend, sein Schloss am Plöner See als Ausweichstandort an, sollte das Land Mecklenburg-Vorpommern mit den Sicherheitsvorbereitungen überfordert sein. Auch wenn letztendlich daraus nichts wurde, gab Fielmann den Traum, auf seinem Hof einen international beachteten Wirtschaftsgipfel auszurichten, nicht einfach auf; und so wurde im Jahr 2008 das erste GES ausgerichtet, das sich auch als Nachbereitungstreffen des G8 Gipfels verstand.

Im Plöner Schloss spielen während des GES diejenigen die erste Geige, die bei Treffen wie dem G8 Gipfel aus der zweiten Reihe agieren: LobbyistInnen, DiplomatInnen, AuftragswissenschaftlerInnen. Hier steht nicht die mediale Inszenierung von Herrschaft und "Kooperation" im Vordergrund, wie es bei Regierungsgipfeln der EU oder dem G8 der Fall ist. Das GES sieht sich eher als Zulieferer von Polit- und Wirtschaftsprogrammen, Ideen, sowie als Bindeglied zwischen Politik und Wirtschaft.

Das GES und die Probleme dieser Welt

Mit etwas mehr Distanz entblößt sich die Parole "The GES is different" (Eigendarstellung GES) in erster Linie als Umschreibung für die Erneuerung des kapitalistischen Herrschaftsdiskurses, als Deckmantel für Ideologieproduktion und konkrete Verwertungstaktiken. Denn eines ist kennzeichnend für das GES: Die Bearbeitung der globalen Krisenfelder (Migration; Klimawandel; Wirtschaftskrise etc.) aus rein ökonomischer Sicht. Auf der Website wechseln sich Bilder des Elends und der Katastrophen mit der Idylle Plöns und dem Glanz des Schlosses ab - verhungernde Kinder auf der einen Seite, Sonnenuntergang über dem Plöner See auf der anderen. Die Themensammlung des diesjährigen GES propagiert derweil solch ‚alternative Ansätze' wie "Global trade under global rule" (Globaler Handel unter Globalen Regeln), ohne dass in den ‚Issues' die ArbeitnehmerInnen auch nur erwähnenswert wären, die unter den ‚global rules' produzieren dürfen; bei den "Partnern" des Gipfels auch nicht weiter verwunderlich. Im Verständnis des GES ist die "ungleiche Verteilung der Ressourcen" auf der Welt auch bloß Folge ungleicher "Qualifikation" der Menschen, die somit durch ihre eigenen Defizite Hunger und Armut auf der Welt selbst hervorrufen. Werden sie durch gesteigerte Investition in ihr Humankapital für InvestitorInnen attraktiver, steht Hilfe in Aussicht. Die Misere der Welt als Druckmittel zur Anpassung an Wirtschaftsinteressen. Migration muss auch lediglich "sinnvoll gemananged" werden, die Umwelt als "natürliches Kapital" verstanden, und ArbeitnehmerInnen - im Gegensatz zu den UnternehmerInnen - im globalen Konkurrenzkampf zu mehr "sozialer Kompetenz und Problemlösungsfähigkeiten" erzogen werden.

Die Diskurs-Attacke

Die Relevanz des GES liegt auf der diskursiven Ebene. Die ‚Ergebnisse' des Treffens werden als fundierte Fakten in einen Pool münden, aus dem sich Politik und Wirtschaft bedienen können. Sie gelten als ‚alternative Lösungen' komplexer gesellschaftlicher Problemfelder, obwohl sie ausschließlich marktradikal, also auf Grundlage ökonomischer Verwertbarkeit, konzipiert sind. Schlagwörter wie etwa eine ‚grüne Ökonomie' oder eine ‚zweite Bildungsoffensive' passen ins Bild der "post crisis society", also der Gesellschaft nach der Krise, die das GES zu entwerfen versucht. Ziel ist ein neuer kapitalistischer Gesellschaftskonsens, im Stil einer sozialen Marktwirtschaft oder eines New Deals, der Kontroversen glatt bügelt und die Interessen aller unter

die der Herrschenden subsumiert. Beim GES lässt sich somit mitverfolgen, wie sich Kapital als gesellschaftliches Gesamtverhältnis zur diskursiven Kraft umbildet, zum gedanklichen Rahmen jeglicher Debatte, der nicht gesprengt werden kann.

Genau an dieser Stelle wird der diesjährige Protest gegen und rund um den Gipfel ansetzten. Die Diskussionen des Vorbereitungskreises, einem gruppenübergreifendem Zusammenhang linksradikaler und libertärer Menschen aus Plön und Kiel, drehten sich in der Findungsphase vor allem um Bedeutung sowie Sinn und Zweck von Gipfelprotesten im Allgemeinen. Konstatiert wurde, dass sich die Hoffnungen einer ganzen Bewegung, die in die Gipfelstürme um Davos, Thessaloniki, Seattle und Heiligendamm gesetzt wurden, nicht erfüllen ließen. Zu sehr war der Charakter der jeweiligen Gipfel von den teilnehmenden RegierungsrepräsentantInnen geprägt, als dass sich in den Kämpfen gegen diese Treffen eine allgemeine und kontinuierliche Kritik etablieren ließ. Die Personifikation von Herrschaft, wie sie vor allem bei G8 Gipfeln medial aufgearbeitet wird, lässt sich durch kein noch so fundamentalkritisches Flugblatt der GegendemonstrantInnen aushebeln.

Solch eine kritische Einschätzung vergangener Gipfelproteste gegenüber erfolgte aber, dies muss hier klargestellt werden, als Selbstkritik, denn alle aus dem Vorbereitungskreis sind selber TeilnehmerInnen an diversen Gipfelprotesten gewesen. Der Mobilisierungsauftakt für die Kampagne gegen das GES, eine Kundgebung vor dem Kieler Institut für Weltwirtschaft, wurde denn auch mit einer Solidaritätsaktion für die Proteste gegen den diesjährigen G8 Gipfel in Italien verbunden.

Der Ansatz, auf den sich der Vorbereitungskreis einigte, richtet sich also an den GES als Beitrag zur globalen Ideenschmiede und Ideologiemaschinerie des kapitalistischen Diskurses. Gerade die Selbstdarstellung als alternativer Gipfel wirtschaftlicher Schwergewichte, gerade die Inszenierung als zivilgesellschaftliches Zuarbeitungsorgan an die politischen RepräsentantInnen in den Regierungsapparaten wurde von den AktivistInnen als Chance erkannt, eine Kritik an den Zuständen jenseits des Regierungszirkus zu formulieren. Die Idee dabei ist, die Agenda des GES auf ihre materiellen Entsprechungen zu beziehen und sie somit ihrer ideologischen Wesenhaftigkeit zu überführen. Dabei wurde in Hinsicht auf Aktionen das Konzept des "Antirassismus- und Klimacamps" in Hamburg letzten Jahres aufgegriffen. Geplant sind nun - neben einer Demonstration in Kiel zum Institut für Weltwirtschaft sowie einer weiteren in Plön zu Beginn des GES - dezentrale Aktionen in Plön am 11. September, dem letzten Tag des Treffens. Das Schloss selbst, das hermetisch von der Polizei abgeriegelt werden wird, steht dabei nicht im Fokus. Vielmehr wird versucht, an passenden Orten der Kleinstadt einzelne Themenfelder des GES in der kapitalistischen Wirklichkeit zu veranschaulichen. So sollen "Global Security" als Repression, "Making Migration Work" als Farce und Kollaps der bürgerlichen Ethik, "Overcoming Inequality Through Education" als neoliberale Ideologie, "Preserving Our Natural Capital" als Ausdehnung der Kapitalinteressen erkennbar gemacht werden. Die Einzelheiten und theoretischen Überlegungen zu den jeweiligen dezentralen Aktionen werden bei verschiedenen Veranstaltungen in Kiel zwischen Juli und September bearbeitet (auf denen auch BesucherInnen aus Hamburg herzlich willkommen sind; checkt einfach die Ankündigungen der aktualisierten Website www.ges-ploen.blogspot.com).

In Hamburg wird der Vorbereitungskreis für eine allgemeine Info- und Mobilisierungsveranstaltung Anfang September Stopp machen, Zeit und Ort werden noch über die üblichen Kanäle bekannt gegeben.

Auf nach Plön!

Plön ist- nur mal so am Rande - ein äußerst beliebter Urlaubsort in der Holsteinischen Schweiz, mit viel Wasser und Wald, in Reichweite der Ostsee. Für Hamburger Großstadtlinke mit nicht ausreichendem Budget für den Wanderurlaub in Kanada oder sonst wo also eine gute Möglichkeit, mal raus zu kommen und das "Natural Capital" Schleswig-Holsteins zu genießen, ohne auf einen politischen Anspruch verzichten zu müssen.

Eure Touristen Information der Abolish Capitalism - Drown GES Crew!!!



Interview:
Militärlogistiker Deutsche Post

In Zeitungsnotizen ist das ein oder andere Mal von Brandanschlägen auf Fahrzeuge der Deutschen Post zu lesen. Die zitierte Polizei vermutet Linksextremisten als Täter. In einschlägigen Online-Postillen dieser Spezies können wir dann erfahren, dass diese Anschläge offensichtlich nicht zufällig geschehen, sondern Teil einer Kampagne sind, mit denen die Verwicklung des Logistikkkonzerns in die deutsche Kriegswirtschaft angeprangert wird.

Diese Kampagne entstand im Rahmen der Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel 2009 in Strasbourg/Baden-Baden und sie umfasst durchaus auch andere Aktivitäten als nur Brandanschläge.

Um mehr darüber zu erfahren, fragten wir einen Aktivisten der Kampagne.

Fragen an die Kampagne gegen Deutsche Post/DHL

Frage: Seit Herbst 2008 gibt es eine Kampagne gegen den Logistikkonzern „Deutsche Post DHL". Zahlreiche Aktivitäten wurden bisher von Friedens- und antimilitaristischen Gruppen durchgeführt. Warum?

Antwort: DHL und Deutsche Post AG sind seit 2003 für das US-Militär im Irak und auch für die Bundeswehr in Afghanistan unterwegs. Sie transportieren Material, das für die imperialistische Kriegsführung notwendig ist, von Feldpost bis zu mörderischen Rüstungsgütern. Darüber hinaus bewirbt sich DHL um einen Milliardenauftrag der Bundeswehr, die große Teile ihrer Basislogistik an ein ziviles Unternehmen abtreten wird.

Die Kampagne soll diese Rolle des multinationalen Konzerns als Kriegslogistiker skandalisieren. Gleichzeitig wird die zunehmende Militarisierung des Zivilen thematisiert und kritisiert. Die Kampagne hat als einen Ausgangspunkt die Erkenntnis, dass militärisch durchgesetzte weltweite Interessen keine Außenpolitik sind. Krieg hinterlässt nicht nur Spuren in der Gesellschaft, von der er ausgeht, sondern setzt auch die Zurichtung der so genannten zivilen Gesellschaft auf die militärischen Erfordernisse voraus. Die zivil-militärische Zusammenarbeit und Verquickung folgt dabei nicht nur ökonomischen Interessen, z.B. eben von der Deutschen Post mit der Militärlogistik große Gewinne einzufahren. Sie ist auch strategisch bestimmt.

Wie läuft die Kampagne?

Es gibt inzwischen zahlreiche Materialien: Informationspapiere, Faltblätter, Zeitungen, Aufkleber, Plakate. Sie wurden unter anderem während zweier bundesweiter Aktionstage in und vor Postfilialen verteilt und plakatiert. Einige davon sind ja auf der Homepage http://dhl.blogsport.de dokumentiert. Ziel der Kampagne ist der vollständige Ausstieg der Logistikunternehmen aus dem Geschäft mit dem Krieg.

Die Kampagne war ein Teil der Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg. In der öffentlichen Berichterstattung über sämtliche Aktivitäten gegen DHL – von Kundgebungen vor Postfilialen bis zu klandestinen Aktionen der Kommunikationsguerilla und autonomer Gruppen – wurde immer auch der Grund für die Kampagne erwähnt. So gelingt es mehr und mehr, die Reputation, also den guten Ruf des Großkonzerns in den Dreck zu ziehen. Die Kampagne gegen Post und DHL ist aber noch lange nicht ausgereizt. Von der Ideenvielfalt anderer Initiativen, wie die deportation.class-Kampagne gegen Lufthansa, kann man sich noch viele Anregung stibitzen.

Wie die deportation.class-Kampagne geht es natürlich zu allererst darum, das Image der Post zu beschädigen mit dem Ziel, dem Konzern den Ausstieg aus dem Militärgeschäft nahezulegen. Da aber allen durchaus bewusst ist, dass diese Einbindung in die militärische Infrastruktur strategische Bedeutung hat, entfalten sich in der Kampagne natürlich auch offensivere Formen des Protestes.

Das klingt so, als ob die Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel nur eine erste Etappe der Kampagne war.

Natürlich. In Strasbourg hat sich die NATO nicht aufgelöst, im Gegenteil. Sie verstärkt ihre Truppen in Afghanistan. Kriege werden sich verschärfen und damit auch der Transport von Rüstungsgütern in alle Welt. Das Kriegslogistik-Geschäft wird expandieren und ist damit sehr lukrativ für Konzerne. Und wenn sich Unternehmen – egal wie sie heißen – unmittelbar an Kriegen beteiligen, bietet das Anknüpfungs- und Angriffspunkte für den politischen Widerstand. Jetzt und in Zukunft.

In den Diskussionen, aus denen die Kampagne entwickelt wurde, war ein zentraler Punkt auch die Auseinandersetzung mit dem Eventcharakter solcher Mobilisierungen wie gegen den NATO-Gipfel. Die Initiative gegen DHL sollte eine Möglichkeit der antimilitaristischen Intervention aufzeigen, die über den Gipfel hinaus weist. Die militaristische Strukturierung und Ausrichtung geht in den Alltag, ist Normalität und muss auch dort immer wieder sichtbar gemacht und angegriffen werden.

Dazu kann es hilfreich sein lokale bzw. regionale antimilitaristische Aktionskomitees zu schaffen, wozu einige Gruppen aus der Interventionistischen Linken aufriefen. Denn eine weitere Absicht ist natürlich auch, die Notwendigkeit antimilitaristischer Praxis in der radikalen Linken präsent zu machen. Aus unserer Sicht ist es kein beliebiges Thema, sondern berührt einen Kernbereich emanzipatorischer Politik.

Die Monate bis zum NATO-Gipfel im April kennzeichnen eine Phase, aber die erste Etappe dieser Kampagne ist natürlich noch nicht durch: die Kampagne in der allgemeinen Linken bekannt zu machen und dass sie breit aufgegriffen wird. Aus unserer Sicht muss sich noch mehr Kontinuität in der Vielfalt des Protestes und Widerstands entwickeln. Natürlich auch in der Verschränkung mit anderen Initiativen wie „Bundeswehr wegtreten", gegen den „Celler Trialog" und „Bundeswehr raus aus Afghanistan".

Nach unserem Eindruck haben linke AktivistInnen im vergangenen Jahr stärker als in den

Jahren zuvor eine antimilitaristische Praxis entfaltet. Deckt sich das mit deiner Einschätzung?

Das sehe ich auch so und ich denke, dass über Friedens- und Antikriegsgruppen hinaus die Ignoranz gegenüber dieser zentralen Frage bröckelt. Das ist gut so. Antikapitalistische, gar revolutionäre Politik kann nicht ernsthaft diesen Aspekt von Herrschaftspolitik außen vor lassen. Das betrifft auch die Fragen von Folter oder Lagerhaft, denen sich natürlich die Linke praktisch stellen muss, weil diese Politik die Gesellschaft autoritär strukturiert.

Nach einem Brandanschlag auf ein DHL-Fahrzeug hieß es plötzlich, Linke würden private Kuriere angreifen und in ihrer Existenz schädigen, weil es um ein privates Fahrzeug im DHL-Design handelte. War das der Kampagne abträglich?

Ob es abträglich war, kann ich nicht beurteilen. Sicher, es hat Irritationen ausgelöst, insofern plötzlich nicht von einem Konzern als Opfer die Rede war. Denn DHL hat Teile seiner Paketauslieferung privatisiert und zum Teil bisherige PaketzustellerInnen in die Subunternehmerschaft gezwungen. Einige der im Straßenbild sichtbaren gelben Fahrzeuge gehören offenbar nicht dem Konzern, sondern Privatpersonen. In Österreich – und in Deutschland sind die Zahlen vermutlich ähnlich – werden bei DHL etwa die Hälfte aller Fahrten an Subunternehmen ausgelagert. Die Tendenz ist steigend. DHL-Subunternehmen sind Kleinunternehmen mit bis zu drei Fahrzeugen, häufig nur eins.

Das ganze ist so eine Art Franchising, das wir von McDonalds oder den ganzen Bäkkereiketten kennen, bei denen die Beschäftigten teils 4 Euro Stundenlohn erhalten. Die Subunternehmer transportieren im Namen von DHL, aber auf eigene Rechnung. Der Konzern spart damit eine Menge Kosten ein, kann Probleme bei der Zustellung auf den Subunternehmer abwälzen und muss sich weniger mit organisierten GewerkschafterInnen rumschlagen. Der Konzern DHL ist und bleibt deswegen ein richtiges Angriffsziel. Die kleinen Subunternehmen wiederum haben keinen Betriebsrat und können viel besser die Löhne ihrer zwei bis drei Fahrer drücken. Lohnarbeit und Ausbeutung gibt es dort also mindestens genauso.

Die Einkommen der Ein-Personen-Subunternehmer sind kaum höher als der Hartz-IV-Satz. Ist so einer nicht eher Opfer seiner eigenen politisch blinden Arbeitsethik, als Opfer eines Brandanschlags?

Man muss sich diesen Hintergrund bewusst machen und entsprechend bewusst handeln. Auf ihren Fahrzeugen ist vermerkt, falls sie „Im Auftrag der Deutschen Post/DHL" unterwegs sind. Die in den letzten Monaten angezündeten Fahrzeuge auf den DHL-Fuhrparks in Hamburg, Karlsruhe und Berlin haben mit Sicherheit keinen Subunternehmer getroffen.

Ich finde es richtig diesen Zusammenhang von militärischem Engagement der Post und der Privatisierung herzustellen. Denn die Methoden, wie sich dieser Konzern fit macht, um weltgrößtes Logistikunternehmen zu werden, qualifizieren ihn zum Transportunternehmen der Bundeswehr. So fand ich es auch ausgesprochen gut, dass in einer „Kundeninformation" zum Auslegen in und Verteilen vor Postfilialen der Zusammenhang mit der zunehmenden Schließung von Postfilialen und den Arbeitsbedingungen bei der Post hergestellt wurde.

Die Kampagne jedenfalls geht weiter mit vielfältigen und schönen Aktionen.
http://dhl.blogsport.de

Atomausstieg selber machen –

wichtige Dinge kann mensch keiner Regierung überlassen!

Es ist Wahlkampf, und damit beginnt für die Parteien die Suche nach Punkten, in denen sie meinen, sich noch zu unterscheiden. Und da dies gar nicht so leicht ist, erfreut sich das Thema Atomkraft unerwarteter Aufmerksamkeit. Junge Frauen machen auf großen Stelltafeln den Atomausstieg zur entscheidenden Zukunftsfrage, doch mensch wird den Eindruck nicht los, dass die Stilllegung der SPD zeitlich näher ist als das Ende der Atomanlagen. Dass gerade die SPD, unter deren Regierung in den 70er Jahren die meisten Atomanlagen auf den Weg gebracht wurden, sich so vehement gegen deren Betrieb ausspricht, erscheint vielen weniger als Zeichen der Einsicht denn als Akt der Verzweiflung. Atompolitisch liegen SPD und CDU gar nicht soweit von einander entfernt. Für die einen ist die Atomkraft nur mehr eine Brückentechnologie (CDU), die anderen wollen die letzten Atomanlagen Mitte des übernächsten Jahrzehnts abschalten, und es ist davon auszugehen, dass jede_r andere Umweltminister_in in der kommenden Legislaturperiode genauso viele AKWs vom Netz nehmen wird wie Sigmar Gabriel in der letzten, nämlich keines.

Wenn neben den bürgerlichen Parteien alle anderen eine alte linke Forderung aufgreifen, sollte das nachdenklich machen und Anlass sein, die eigenen Argumente nochmal zu überdenken.

Natürlich sind auch wir gegen den Betrieb von Atomanlagen und für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit. Aber es geht uns um viel mehr, unsere Kritik ist nicht die Kritik einer Technologie, sondern die Kritik einer Gesellschaft, die diese Technologien hervorbringt und zulässt, dass sie umgesetzt werden.
Es geht um eine Gesellschaft, in der Atomanlagen nicht möglich sind!

Der Betrieb von Atomanlagen setzt eine extrem asymmetrische gesellschaftliche Situation voraus. Eine Gesellschaft, in der Macht in Staaten und großen Konzernen geronnen ist. Eine Macht, die es möglich macht, die Interessen von Konzernen in den Mittelpunkt von Energiepolitikzu stellen, und nicht die Bedürfnisse der Mehrheit der Gesellschaft. Staaten und Parteien sind dafür unabdingbar, denn sie garantieren, dass Entscheidungsprozesse so indirekt geführt werden, dass Betroffene keinen relevanten Einfluss mehr auf diese haben. Und sie stellen den Apparat, um diese Entscheidungen durchzusetzen. Auch in Deutschland war es der Staat, der den Betrieb von Atomanlagen auf den Weg gebracht hat, die

notwendigen Gelder zur Verfügung gestellt hat, und wenn nötig zehntausende Bewaffnete losschickt, um den Betrieb von Atomanlagen zu sichern.

Unsere Kritik richtet sich also auch gegen Parteien und Staaten. Sie sind ein Teil des Problems und nicht ein Teil der Lösung. Sie sind Bausteine des Atomstaates.
Bei der Suche nach einer gesellschaftlichen Situation, die über das Bestehende hinausweist, taucht unvermeidlich die Forderung nach einer Dezentralität - auch der Energieerzeugung - auf. Für viele geht es bei diesem „small is beautiful“ vor allem darum, dass große Maschinen Angst machen, und dass es irgendwie netter ist, wenn die Dinge kleiner bleiben - politisch ist das nicht unbedingt. Die Forderung nach einer dezentralen Energieerzeugung leitet sich aus linker Sicht nicht aus Maschinenstürmerei oder Technikfeindlichkeit ab, sondern aus der Frage, wie komplex eine soziale Situation sein darf, in der die Beteiligten / Betroffenen noch auf Augenhöhe miteinander verhandeln können. Damit ist die Forderung nach Dezentralität eine soziale Kategorie, die weit über den Energiesektor hinausweist. Und auch in die andere Richtung kann sie so durchdekliniert werden, in Richtung „small“. Insellösungen, kleinste „unabhängige“ und subsistente soziale Einheiten sind häufig gerade das Gegenteil von einer emanzipatorischen Vergesellschaftung. Ihre extreme Zuspitzung findet sie in einer Privatisierung / Vereinzelung von Interessen in der Figur der Konsument_in, die eine private Marktentscheidung trifft, wie beispielsweise den Wechsel des Stromanbieters. Ein Aushandlungsprozess zwischen den Beteiligten findet hier nur über den Markt statt.

Die spannende Frage ist vielmehr, wie groß und wie komplex eine Gesellschaft sein kann, die es ermöglicht, direkte Aushandlungsprozesse zwischen den Beteiligten / Betroffenen eines gesellschaftlichen Stoffwechselprozesses zu organisieren. Dies gälte für den Energiebereich ebenso wie für alle anderen, beispielsweise der Landwirtschaft oder der Mobilität. Kapitalistische Staaten, zumal in den Metropolen, entstanden nie entlang dieser Forderungen. Ihr Zweck ist es, den reibungslosen Betrieb einer kapitalistischen Vergesellschaftung zu garantieren. Reibungslos heißt in diesem Kontext eben auch, dass Interessensgegensätze zwischen Beteiligten am Produktionsprozess im Sinne des Kapitals zunächst einmal unsichtbar gemacht werden (z.B. die Belange der Betroffenen in Uranabbaugebieten), später in kräftezehrende Vermittlungsprozesse (z.B. Gewerkschaften) umgelenkt werden, und wenn „es sein muss“ auch niedergeknüppelt werden (z.B.bei CASTOR Transporten)... nicht ohne dabei kreatives Potential für eine Modernisierung der Produktion abgezogen zu haben (z.B. Windkraftanlagen oder neue Managementsysteme).
Unser Ziel aber muss es sein, eine Gesellschaft der Freien und Gleichen zu organisieren, und das geht mit großer Sicherheit nur ohne Parteien und auch ohne Staat. Mit der Stilllegung von AKWs ist dieses Ziel leider noch nicht erreicht, die Organisation sozialer Bewegung, die eine sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit durchzusetzen versucht, könnte jedoch ein kleiner Schritt in diese Richtung sein.

Aktion

07.08.2009 Gorleben
In der Nacht zum 7.8.09 ist vor dem atomaren Zwischenlager in Gorleben von Atomkraftgegnern ein Tieflader blockiert worden. Etwa zwei dutzend Aktivisten stoppten mit den Rufen ´Berlin Berlin wir fahren nach Berlin´ und einem Transparent ´Mal richtig abschalten´ gegen 4.00 Uhr das 12-achsige Schwerlastfahrzeug kurz vor seinem Ziel im Wald zwischen Gorleben und Gedelitz.
Quelle: Contratom.de

08.08.2009 Gorleben
Unter dem Motto ´Lebenslaute´ haben 60 MusikerInnen die Zäune zum geplanten Endlagerbergwerk in Gorleben überwunden, und dort über eine Stunde lang ein klassisches Konzert unter dem Motto "A-Moll statt A-Müll" dargeboten. Die Aktion war seit langem der Polizei bekannt, fand aber zur Überraschung der Polizei einen Tag früher statt als angekündigt.
Quelle: Contratom

Normalbetrieb

14.7.9 Gorleben
Der Störfall im AKW Krümmel hat auch im Endlagerbergwerk Gorleben die Lichter ausgehen lassen und für beträchtliche Schäden gesorgt. Die Panne im schleswig-holsteinischen AKW legte den Betrieb in dem Endlagererkundungsbergwerk drei Tage lang lahm.
Zwei Seilfahrtanlagen gingen außer Betrieb, weil die Steuerungselektronik beschädigt war. Dabei wurden Steuerungsdaten für die Aufzüge gelöscht. Die Höhe des Schadens lässt sich bislang nicht beziffern.Quelle: Frankfurter Rundschau

03.08.2009 Schweiz
Bei Arbeiten während der Jahresrevision im Block 2 des Atomkraftwerks Beznau ist bei zwei Mitarbeitern die gesetzlich zulässige Jahresdosis überschritten worden. Die beiden hatten die Druckprüfung des Primärsystems vorbereitet.
Quelle: tageschau.de

05.08.2009
Denkwürdiger Jahrestag: Flaute bei der Atomkraft - Seit zwei Jahren kein neues AKW. Seit am 7.8.2007 Rumänien sein Atomkraftwerk Cernavoda 2 ans Stromnetz angeschlossen hat, wurde weltweit kein neues AKW mehr in Betrieb genommen. Eine seit Ende der 1960er Jahre nicht erlebte Flaute. Mit den jetzt in Bau befindlichen AKW werden nicht einmal die altershalber ausfallenden Kernkraftwerke ersetzt.
Quellen:www.iaea.org/programmes/a2/index.

07.08.2009 Schweiz
Schweizer Atomkraftwerke haben einen neuen Gegner: Die Larven der Körbchenmuschel passen durch jeden Filter, setzen Leitungen und zuverstopfen die Kühlleitungen .
Quelle: Südkurrie



September - Oktober 2009

20 Jahre Rote Flora!

Mittwoch 09.09. 19 Uhr
Info- und Mobilisierungsveranstaltung zur Nazikundgebung am 11.09., zum Schanzenviertelfest und zum Naziaufmarsch in Hannover am 12.09.

Mittwoch 09.09. 21 Uhr
Konzert: "Amber Daybreak" + "The Accidents" + "The Razorquillz" + "Johnny Blakkheart and the Eliminators"

Samstag 12.09. allday
Schanzenviertelfest
Soundsysteme, Konzerte, Infostände, Flohmarkt, Aktionen und Propaganda

Donnerstag 17.09. 23 Uhr
subspAce
Electro/Techno *"Thursday Club"*
Jeden 3. Do im Monat.

Freitag 18.09. 22 Uhr
Konzert
"Zann" (Punk/HC aus D-Land) + Mouthbreather" (Post-HC aus USA) + "Betty Oetker" (HC aus HH). Orga: Our Turn

Samstag 19.09. 16 Uhr
Podiumsdiskussion
"GEGEN OHNE FÜR - Kunst, Avantgarde und gesellschaftliche Emanzipation" mit: Katja Diefenbach , Kerstin Stakemeier, Rosa Perutz, Till Gathmann. Moderation: Roger Behrens. Besucher_innen der Diskussion müssen die Flora vor dem anschließenden Konzert wieder verlassen
22 Uhr Konzert
"TOCOTRONIC" + "THE GENTLE ACT INCIDENT" + "SOLEMN LEAGUE". Warm-Up für die Jubiläumswochen. Orga: Our Turn

Donnerstag 24.09.
Flora Vollversammlung
Rückblick/Ausblick zum Selbstverständnis

Freitag 25.09. 20 Uhr
Soliparty + Konzert
"Früchte des Zorns"
(Kleinkunst-Emo aus Berlin)

Samstag 26.09. 23 Uhr
Soliparty für den autonomen Kongress
"subspAce" (Electro/Techno)

Sonntag 27.09. 21 Uhr
Konzert
"ANTIMASTER", "ELECTRO ZOMBIES", "CONFLICT MAESTRIA"

Donnerstag 01.10. 20 Uhr
Gitarrenorchester
Nelly Boyd präsentiert Musik für E-Gitarren-Orchester

Freitag 02.10.
Antifa-Cafe

Samstag 03.10. 23 Uhr
Queer Flora
Musik: keine_rwirdsichnichtbewegen

Sonntag 04.10. 14 Uhr
Offener Hinterhalt Umsonstfest mit Kaffee und Kuchen, Spielecke und Umsonstmarkt, Sachen mitbringen.

Montag 05.10.
Euskadi-Info-Veranstaltung
Autonome Gruppen im Baskenland

Mittwoch 07.10. 21 Uhr
HC-Konzert
Fake Empire (post-crust, Hannover)

09-11.10.09
Autonom-Kongress
im Rahmen der Feierlichkeiten »20 Jahre Besetzung der Roten Flora«

Mittwoch 14.10. 21 Uhr
Konzert Bernadette La Hengst, Knarf Rellöm Trinity

Donnerstag 15.10. 20 Uhr
Thomas Ebermann im Anschluss SUBSPACE

Freitag 16.10.
Konzert
Fluten , Luke, Maison derrière

Samstag 17.10. 23 Uhr
Dub-Cafe-Party im Rahmen des 20jährigen Flora Jubiläums

Sonntag 18.10.
Tag der offenen Tür

Donnerstag 22.10. 19.30 Uhr
Konzert: mit Info- und Diskussionsveranstaltung zum Ungdomshuset
Guts Pie Earshot und detrend city rockers - electronic rock against capitalism

Samstag 24.10.
Diskussion mit anderen autonomen Zentren

Montag 26.10.
Antisemitimus in der Linken

Donnerstag 29.10.
Film: Empire St. Pauli

Freitag 30.10.
Konzert EA80

Samstag 31.10.
Grosse Party mit Tombola

Regelmässige Termine

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007); Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr